Die AfD nach ihrem Bundesparteitag…

… und eine Bilanz von AgR

Man kann es sich ja nicht aussuchen, mit wem man zusammen im Frühstücksraum eines Hotels sitzt. Bei mir war dies Anfang Dezember ein Trupp Delegierter des AfD-Bundesparteitages in Hannover. Ältere Herren, etwas konservativ gekleidet, AfD-Abzeichen, dickes Auto vor der Tür, all das war zu erwarten. Aber dass diese Superdeutschen untereinander Russisch sprechen? Das hat dann schon überrascht. Es mag nur eine Anekdote sein, verweist aber vielleicht doch auf eine der vielen Herausforderungen, die die AfD mit sich bringt, hier: die gute Verankerung im Milieu der Russlanddeutschen.

Der Bundesparteitag brachte die erwartete weitere Entwicklung nach rechts, festzustellen an seinen Personalentscheidungen. Inhaltliche Anträge, z. B. offen antisemitische wie die des Delegierten Gideon, blieben dagegen weitgehend unbearbeitet. Das ist für die AfD kein Nachteil, kann sie damit doch weiterhin nach allen Seiten tun und lassen, was ihr nützt. Das Kapitel Petry ist auf jeden Fall Geschichte. Je nach Zählung ist mit ihrer »Beseitigung« der vierte Schub der Rechtsentwicklung vollzogen. Doch auch diese reicht der allgemeinen Öffentlichkeit noch nicht, die Organisation in voller Breite als extrem rechts zu erkennen, vielmehr sickert die Bereitschaft zur Akzeptanz nach und nach in Gremien, Parlamente und Medien ein.

Das ist ein Prozess, der umkehrbar ist, indem konsequent die »Normalität« der AfD in Frage gestellt wird. Das ist der Grundansatz von Antifaschistinnen und Antifaschisten, den unser Verband insbesondere im Rahmen der Kampagne »Aufstehen gegen Rassismus« umsetzt. In Hannover spielte AgR eine bedeutende Rolle, indem ihre Vertreterinnen und Vertreter zwischen einigen lokalen Bündnissen erfolgreich vermitteln konnten.

Die Proteste deckten das ganze Spektrum von Blockaden, Kundgebungen und Demonstrationen ab und können mit 9.500 Teilnehmenden insgesamt als hoch gelungen gewertet werden. Auch ein martialisches Polizeiaufgebot mit Wasserwerfereinsätzen am eisigen Morgen und weitere Polizeibrutalitäten, die u. a. zu einem schwerverletzten IG-Metall-Kollegen führten, konnten dies nicht verhindern.



13. Dezember 2017 im Bundestag: Die AfD-Abgeordnete Beatrix von Storch beklagt sich über die Aktions-Kits von »Aufstehen gegen Rassismus«. Soviel Werbung hatten wir noch nie.

Medial waren wir sehr gut vertreten, was auch der AfD auffiel. Im Rahmen einer von ihrer Bundestagsfraktion angezettelten aktuellen Stunde zum Thema »Linksextremismus«, die für sie zu einem völligen inhaltlichen Debakel wurde, ließ sich Beatrix von Storch zu einem bereits legendären Auftritt verleiten. Sie verwendete ihren kompletten Redebeitrag darauf, den Turnbeutel »Aktionskit« der Kampagne hochzuhalten, insbesondere SPD-Abgeordnete zu beschimpfen und mit allem einen vorweihnachtlichen Bestell-Boom im Kampagnenbüro auszulösen.

In solidarischer Atmosphäre trafen sich anschließend etwa 50 Vertreterinnen und Vertreter zahlreicher AgR-Gruppen aus dem ganzen Bundesgebiet und von Bündnisorganisationen zum Jahres-Resümee und der Vorbereitung der Aktivitäten für 2018. Es wurde deutlich, dass so etwas wie eine AgR-Identität im Entstehen ist. Ein nicht unerheblicher Teil der Aktivistinnen und Aktivisten hat keine weitere politische Verankerung oder sieht in der Arbeit von AgR den eigenen Schwerpunkt. Fantasie und die Bereitschaft, etwas zu tun, sind groß. Es hat Freude gemacht, das zu hören, auch dass vielerorts Mitglieder der VVN-BdA eine tragende Rolle spielen.

Bei den großen Protestveranstaltungen kommt AgR zunehmend besser in Tritt, mit den Protesten in Hannover als vorläufigem Höhepunkt. Die Stammtischkämpfer*innen-Initiative ist bei 458 Seminaren angekommen. Auswertungs-, Planungs- und Weiterbildungstreffen z. B. für zielgruppenspezifische Ansprachen sind in Vorbereitung.

Die Zahlen bei den Printmaterialien sind auch nicht schlecht: 1.113.000 Flugblätter, 425.000 Aufkleber und 78.000 Plakate wurden produziert und verteilt (abgesehen von denen natürlich, die noch immer irgendwo herumliegen). Neu an den Start gehen Taschenbroschüren (»Argumente gegen rechte Parolen«) und Aktionsanleitungen »So stoppen wir die AfD«.

Die bereits sehr erfolgreiche Arbeit in den sozialen Medien wird weiter verstärkt werden.

Arbeitsschwerpunkte werden 2018 die Wahlkämpfe in Schleswig-Holstein (Kommunalwahlen) sowie die Landtagswahlen in Bayern und Hessen sein. Gerade in Hessen sind die Voraussetzungen für ein starkes Auftreten unsererseits gut, weshalb eine bundesweite Aktivenkonferenz voraussichtlich auch in Frankfurt stattfinden wird.

Um den 17. März herum wird AgR sich an internationalen Aktivitäten zum Antirassismus-Tag beteiligen.

Düster sah es noch Anfang Dezember bei den Finanzen aus. Erst eine großangelegte erfolgreiche Telefonaktion konnte kurz vor Jahresende das Blatt noch einmal wenden, so dass zumindest eine kleine Planungssicherheit für 2018 besteht.

Thomas Willms

Fundraising-Lesereise

Beginnend im Januar 2018 führt Thomas Willms, Bundesgeschäftsführer der VVN-BdA, mit seinem aktuellen Buch »Auschwitz als Steinbruch« eine Lesereise durch mit dem Ziel, Einnahmen für die Kampagne »Aufstehen gegen Rassismus« zu generieren.

Für die AgR-Gruppen bzw. für Organisationen und Gruppen, die vor Ort mit AgR zusammenarbeiten oder verbunden sind, ergibt sich dadurch die Möglichkeit, eine Veranstaltung zu einem Thema durchzuführen, das für die AfD immer wichtiger wird. Ihre Spitzenvertreter möchten ja den »deutschen Soldaten der beiden Weltkriege« wieder würdigen oder gar gleich eine »geschichtspolitische Wende um 180 Grad« durchführen.

»Auschwitz als Steinbruch« beleuchtet die Hintergründe dieser Vorstöße von Gauland, Höcke und anderen.

Gewinne aus Verkäufen des Buches und bei der Veranstaltung gesammelte Spenden gehen denselben Weg wie Honorare.

Wenn ihr prinzipiell Interesse an so einem Termin habt, meldet euch bitte bald, am besten direkt bei Thomas: bundesbuero@vvn-bda.de, Tel.: (030) 55 57 90 83-2.

Termine:
17. Januar: Bamberg
25. Januar: Mainz
26. Januar: Fulda
27. Januar: Döbeln
28. Februar: Straubing

Gewerkschafter – Antifaschist – erster Vorsitzender der gesamtdeutschen VVN-BdA

Vor zehn Jahren starb Werner Pfennig

Am 29. Januar 2008 verstarb im Alter von 70 Jahren Werner Pfennig, einer der zwei gleichberechtigten Vorsitzenden der VVN-BdA. Er hatte sich in dem komplizierten Einigungsprozess zwischen VVN-BdA West und IV VdN Ost engagiert und sich nach dem Einigungskongress als Vertreter der alten VVN-BdA zur Verfügung gestellt.

Diese Bereitschaft war auch Ausdruck seiner langjährigen gewerkschaftlichen und politischen Orientierung. Schon als Kind in Köln in den letzten Jahren der NS-Herrschaft wurde seine lebenslange Haltung gegen Faschismus und Krieg geprägt. Auf seinem Weg in den Beruf begleiteten ihn gute politische Lehrmeister. Mit 16 Jahren wurde er Mitglied in der IG Druck und Papier, einer Gewerkschaft, die konsequent für Antifaschismus und soziale und politische Alternativen zur Adenauer-Administration eintrat. Als politisch bewusster Gewerkschafter wirkte er in der außerparlamentarischen Opposition und der 68er Bewegung mit.

Nach einer Zeit in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit arbeitete er beim Hauptvorstand der IG Druck und Papier, bevor er Mitglied im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Medien wurde. Er verband Tarifpolitik überzeugend mit Gesellschaftspolitik und ergriff Partei für Frieden und Antifaschismus. In einer fulminanten Rede auf dem 15. Ordentlichen Bundeskongress des DGB im Juni 1994 prangerte er Fremdenfeindlichkeit und Rassismus an. Er verurteilte, dass die Bundesregierung als Reaktion auf den Brandanschlag in Solingen das Asylrecht abschaffte, statt politisch gegen Rassismus vorzugehen. »Wir müssen jetzt aktiv handeln in einem breiten demokratischen Bündnis, damit wir zu einer demokratischen Lebens- und Arbeitsform in unserem Land kommen«.



Mit Beginn seines Ruhestandes engagierte sich Werner Pfennig als gewählter Landessprecher in Baden-Württemberg und als Bundessprecher in der VVN-BdA. Er war in Versammlungen, auf Kundgebungen und Demonstrationen, in Fachgesprächen und auf Podien als profilierter Antifaschist präsent. Ungezählt sind seine Auftritte bei Aktionen gegen Naziaufmärsche und in der Friedensbewegung. In dieser Konsequenz trat er Anfang 2000 nach langjähriger Mitgliedschaft aus der SPD aus – als Protest gegen den Angriffskrieg der BRD gegen Jugoslawien. Er war dialogfähig und empathisch, stritt aber auch für die Klarheit von politischen Aussagen. In den letzten Jahren nutzte er seine Erfahrungen und Kontakte, um die Kampagne »nonpd« zu einer gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Debatte zu machen.

Werner Pfennig hat mit seiner Arbeit und Persönlichkeit die VVN-BdA zum Anfang dieses Jahrhunderts nachhaltig geprägt. Er gehört zu unserer Geschichte.

Ulrich Schneider

Von Generation zu Generation

Welche Auswirkungen haben Verfolgungserfahrungen im Nationalsozialismus auf die nächste Generation?

TEILNEHMER/INNEN GESUCHT

Im Rahmen eines Forschungsprojektes am Institut für Psychologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main möchten wir untersuchen, welche Auswirkungen die Erfahrungen der Eltern auf die nachfolgende Generation haben. Hierfür suchen wir Menschen, deren Eltern oder Elternteile während der Zeit des Nationalsozialismus als Juden und/oder aus politischen Gründen verfolgt wurden und die ein Interesse daran haben, über ihre persönlichen Erfahrungen mit der Vergangenheit der Eltern zu berichten.

Fühlen Sie sich angesprochen?
Über Ihre Unterstützung würden wir uns sehr freuen!

Lena Sarah Carlebach (BSc. Psych.) & Ayline Heller (BSc. Psych., BA)
Kontakt: E-Mail studie2.generation@dlist.server.uni-frankfurt.de
Mobil: 0175 – 6049197

Ausstellung: »Der Arm der Bewegung«



Die Ausstellung besteht aus 11 Roll-Ups im Format 85 cm x 200 cm, Gesamtgewicht 22 kg in 2 Reisetaschen. Aufbauzeit unter 30 min.

Verleihbedingungen unter vvn-bda.de/ausstellung-der-arm-der-bewegung/

Gedenkveranstaltung für die Opfer des Faschismus in Karlsruhe

Den Schwur von Buchenwald lebendig erhalten

Am 26. November 2017 fand in Karlsruhe eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des Faschismus statt. Neben dem Ehrenvorsitzenden der VVN-BdA Professor Heinrich Fink sprach auch der Konsul der Russischen Föderation Andrey Basov. Fast 100 Teilnehmer waren dem Aufruf von 19 Organisationen gefolgt. Wir dokumentieren hier Auszüge aus der Rede von Heinrich Fink.

Sehr geehrter Herr Basov, wir freuen uns sehr, dass Sie hier als Vertreter der Russischen Föderation in Frankfurt am Main bei uns sind. Wir begrüßen Sie sehr herzlich. Ihre Teilnahme an unserer Veranstaltung ist für uns eine große Ehre. Liebe Freunde und Genossen, liebe Kameraden!

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes hat Sie heute hierher eingeladen, um am Totensonntag an den Wahnsinn von Krieg und faschistischen Verbrechen zu erinnern. (…)

Der Hitlerfaschismus in seinem Machtwahn hat den Krieg begonnen, einen Weltkrieg zur Vernichtung der Vernunft mit allen Mitteln. Nicht nur mit Kugeln, sondern auch mit Hunger, einer neuen elementaren Vernichtungsmethode des Krieges – ich denke an die Stadt Leningrad – und durch Sortierung der Bevölkerung in Rassen, die in die Konzentrationslager gebracht wurden. Heute redet man von Terror. Doch der Terror begann in Deutschland.

Der Widerstand wurde durch Terrormethoden bekannt. Es waren zuerst die Kommunisten und die Juden, einige aus dem Bürgertum, die der Faschismus in seinen Wurzeln beseitigte. Es war Martin Niemöller, der in seinem ersten Vortrag, nachdem er verspätet aus dem KZ entlassen worden war, sagt: »Hätten wir doch früher das konfessionelle Misstrauen gegeneinander abgelegt, dann brauchten wir heute nicht ein schlechte Gewissen zu haben, das wir hoffentlich immer wieder haben werden, weil wir den Faschismus geduldet haben, der so viele Menschen umgebracht hat. Der Hauptmassenmord fand im Krieg statt.«

Kurt Goldstein, der auf dem Todesmarsch von Auschwitz nach Buchenwald gebracht wurde, berichtete, dass für die Häftlinge die Solidarität immer wieder ein kleiner Erfolg war. Das Brot mit den Russen zu teilen, haben sie als ein Zeichen des Widerstandes erlebt.

Als am 11. April 1945 um 15 Uhr vom Wachturm durch den Mitgefangenen Eigen die langersehnte Botschaft ausgerufen wurde: »Kameraden, wir sind frei!«, standen die Amerikaner vor dem Tor, und die SS-Bewacher waren noch im KZ-Gelände. Wäre es da nicht zu erwarten gewesen, dass sich die 21.000 Lagerinsassen auf die SS-Terroristen gestürzt hätten? Es ist nicht zu glauben – kein SS-Mann wurde durch Lagerinsassen getötet. Die amerikanischen Soldaten, die in das KZ eindrangen, waren erstaunt, dass es keine toten SS-Männer gab.

Der Überlebende Günter Pappenheim, der mit 16 Jahren in das KZ eingeliefert worden war, weil er zum Jahrestag der Französischen Revolution für seine französischen Kameraden die Marseillaise auf der Ziehharmonika gespielt hatte, antwortete auf die Frage, warum es keine Rache gegeben habe: »Wir Gefangenen wollten nicht Gleiches mit Gleichem beantworten. Je gefährdeter das Leben war, umso kostbarer wurde es. Wir haben erlebt, wie leichtsinnig die SS-Leute mit unserem Leben umgegangen sind. Unsere Botschaft war: ›Es ist genug gestorben!‹ Wir waren von den 71.000 noch 21.000. Wir haben uns geschworen, keine faschistischen Methoden anzuwenden, denn wir sind Antifaschisten.

Deshalb ist bis heute Antifaschismus ein Bekenntnis gegen Menschenverachtung und Krieg. Das darf nicht zur Floskel werden. Krieg beginnt bereits an den Arbeitsplätzen der Rüstungsindustrie, und wir mussten in Buchenwald für die Rüstung arbeiten. In den Köpfen der Arbeiter der Rüstungsindustrie steckt verdeckt oft nicht nur der Gedanke an die Möglichkeit von Krieg, sondern auch von bewaffnetem Terror. Ohne Märkte für Rüstung gibt es kein Geschäft für Waffen. (…)



von links nach rechts: Jens Kany (Kreissprecher VVN-BdA Karlsruhe), Prof. Heinrich Fink (Ehrenvorsitzender VVN-BdA), Konsul Andrey Basov (Generalkonsulat der Russischen Föderation, Frankfurt/Main), Dietrich Schulze (Kreisvorstand VVN-BdA Karlsruhe)

Unser kommunistisches Lagerkomitee setzte sich zusammen und beriet, wie es nun nach der Befreiung weitergehen könnte. Das Ergebnis können wir heute im ›Schwur von Buchenwald‹ erfahren. Der Schwur von Buchenwald ist ein einmaliger Text von Menschen, die jahrelang am Abgrund des Todes gearbeitet und gelebt hatten. Er ist die Hoffnung der Ermordeten, die wir im Herzen aufbewahrt haben.«

Der Schwur von Buchenwald bleibt für die einstigen Gefangenen und für uns ein revolutionärer Text. Er ist von jahrelang Ausgebeuteten und Entrechteten, die als »Untermenschen« politisch aussortiert wurden, verfasst worden. Wir müssen den Text heute erst recht lebendig erhalten. »Wir haben geschworen: ›Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden und ihren Angehörigen schuldig.‹«

Das haben sie geschworen. Wir müssen diesen Schwur heute als ein Vermächtnis erhalten. Besonders, wenn junge Rechtspopulisten mit einem Wählerauftrag in deutschen Parlamenten sitzen. (…)

Die ganze Rede ist auf der Internetseite der VVN-BdA Karlsruhe dokumentiert: karlsruhe.vvn-bda.de/totensonntag/odf-gedenktag-2017/

85 Jahre Generalstreik in Mössingen

30. Januar, 20.00 Uhr
Filmvorführung »Da ist nirgends etwas gewesen außer hier«
Club Voltaire Tübingen, Haaggasse 26b

3. Februar, 11.00 Uhr
Führung entlang der Spur des Mössinger Generalstreiks
Treffpunkt an der Langgass Turnhalle 12.30 Uhr

Kundgebung zum 85. Jahrestag 12.30 Uhr
1933 – Streik gegen Hitler – Antifaschistischer Widerstand heute
Jakob-Stotz-Platz, Mössingen

Veranstalter: VVN-BdA Tübingen, Antifaschistische Aktion (Aufbau) Tübingen. Unterstützt von DGB AK Tübingen, GEW Reutlingen-Tübingen, Linke im Steinlachtal (List)

Redaktion dieser Seite:
Janka Kluge, VVN - Bund der Antifaschisten Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V.
Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart, tel 0711 603237, fax 0711 600718

Klare Worte von Bayerns DGB-Vorsitzenden gegen AfD & Co.

Entlarvte »Alternative«

Im Vorfeld einer antifaschistischen Konferenz im Münchner Gewerkschaftshaus hatte es im Herbst öffentliches Aufsehen gegeben. War es ultrarechten Kreisen doch kurzfristig gelungen, über Verleumdungen, die sie gegen die Kongressveranstalter lancierten, Einfluss auf Polizeigewerkschaften zu nehmen und den örtlichen DGB unter Druck zu setzen. Nachdem dann doch geklärt war, dass die Konferenz im DGB-Haus stattfinden wird, mobilisierten Pegida, AfD und andere ihr Umfeld am Veranstaltungstag vor das Gewerkschaftshaus.



Protest gegen braune Provokateure: Tscho Zintl, Künstler und Naturfreund, erinnert vor dem DGB-Haus an die NS-Verfolgung seines Vaters. Im Hintergrund AfD & Co. Foto: OH

Zu den zahlreichen Provokationen der extremen Rechten dort gehörte unter anderem ein Film, in dem ganz offen Motive aus neofaschistischen NSU-Videos positiv zitiert wurden. Zum Schutz des Hauses und der antifaschistischen Konferenz hatten sich zahlreiche DGB-Mitglieder und andere Engagierte versammelt. Matthias Jena, Vorsitzender des DGB Bayern, hielt eine Ansprache; im Folgenden einige Auszüge:

»Die AfD demonstriert gemeinsam mit Pegida, dem ›Dritten Weg‹ und der NPD vor dem Münchner Gewerkschaftshaus (…) Die so genannte ›Alternative‹ hat sich damit endgültig entlarvt. Das ist eben keine neue konservative Partei, sondern die machen gemeinsame Sache mit den Rechtsradikalen und Faschisten.

Wisst ihr, wie oft das Wort ›Gewerkschaft‹ im Grundsatzprogramm der AfD vorkommt? Kein einziges Mal. Kein Wort davon, dass Arbeitgeber ihren Anteil zur Sozialversicherung leisten müssen. Kein Wort dazu, dass Rentenversicherung, Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung die Menschen vor existenziellen Risiken bewahren. Ich könnte mit dieser Wortzählerei weitermachen. Tarifverträge? Keine Erwähnung! Leiharbeit, Werkverträge, Mini-Jobs, Befristungen? Kein einziges Wort dazu! Stattdessen weniger Steuern für die Super-Reichen, im Gegenzug für die Beschäftigten weniger Rente und längere Arbeitszeiten. Stattdessen Ausgrenzung und Diskriminierung nicht nur von Migranten und Geflüchteten, sondern auch von Frauen, Homosexuellen und von sozial Benachteiligten.

Die Rechten und Rechtsradikalen hetzen auf ihren Internetseiten und demonstrieren hier gegen einen Kongress, der sich mit dem gesellschaftlichen Rechtsruck auseinandersetzt, mit dem NSU, dem zunehmenden Rassismus und seinen politischen Folgen. (…) Wer gegen den Antifaschismus demonstriert, macht ja nun wirklich völlig klar, wo er politisch steht (…). Wenn die so genannte ›Alternative für Deutschland‹ davon fantasiert, die Erinnerungskultur um 180 Grad zu drehen, dann muss sie mit unserem erbitterten Widerstand rechnen. (…)

Dass die Rechtsradikalen hier so geballt aufmarschieren, ist unerträglich und widerlich. Aber wir können es auch positiv sehen: Wenn AfD, Pegida und NPD unsere erbittertsten Gegner sind, dann ist das auch ein Zeichen dafür, dass wir vieles richtig gemacht haben in den letzten Jahren. Ich danke euch für euer Engagement.«

Spenden für die VVN-BdA Bayern: Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto: VVN-BdA Bayern DE21 7015 0000 1003 3325 80; BIC: SSKMDEMMXXX

Wichtiger Hinweis: Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen! VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Redaktion: Ernst Antoni

Wir gratulieren…

… natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »*antifa*« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Januar: Herta Brich, Weiden, 94 Jahre; Hilde Prockl, München, 93 Jahre; Erich Ude, Nürnberg, 87 Jahre; Ingeborg Weber, München, 84 Jahre; Dr. Günter Hartmann, Würzburg, 80 Jahre; Christel Priemer, München, 75 Jahre; Dr. Thomas Melcher, Kaufbeuren, 65 Jahre; Volker Thomas, München, 65 Jahre; Hans Webersberger, Flachslanden, 65 Jahre

Februar: Jörg Högemann, München, 83 Jahre; Karl-David Heupel, München, 82 Jahre; Richard Forward, München, 80 Jahre; Dr. Fred Schmid, München, 80 Jahre; Helmut Sörgel, Nürnberg, 75 Jahre; Günter Wimmer, München, 75 Jahre; Rudolf Bleul, Nürnberg, 70 Jahre; Frank Leibig, Neumarkt, 70 Jahre; Roswitha Schulz, Augsburg, 70 Jahre; Peter Willmitzer, München, 70 Jahre; Michael Ruppert, Selbitz, 65 Jahre; Friedrich-Wilhelm Zaudtke, Nürnberg, 65 Jahre; Konrad Keil, Landshut, 60 Jahre; Irene Salberg, Regensburg, 60 Jahre; Jürgen Thiem, Amberg, 60 Jahre

Glückwunsch-Nachtrag: Unser Kamerad Theo Tschiesner aus München ist 2017 im November 80 Jahre alt geworden.

Gedenkveranstaltung zum 9. November 1938 in Hof:

Erinnern mit den »Grenzgängern«

Die VVN-BdA Hof-Wunsiedel lud im November zusammen mit der Initiative »Hof ist bunt und nicht braun« sowie u. a. dem Kreisvorstand des DGB zu einem Konzert zum Gedenken an die Reichspogromnacht 1938.



Frederic Drobnjak, Michael Zachcial und Felix Kroll von den »Grenzgängern«. Foto: Kathrin Rothemund

VVN-Kreisvorstandsmitglied Eva Petermann griff zu Beginn im Namen der Veranstalter das Lebensmotto der Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano auf, die im vergangenen Jahr am selben Ort mit der »Microphone Mafia« aufgetreten war: »Erinnern heißt Handeln«. Das diesjährige Gedenkkonzert gestaltete das Bremer Ensemble »Die Grenzgänger« mit historischen und aktuellen Stücken.

Nach dem mehrdimensionalen Programm gab es viel Beifall und drei Zugaben. Bernd Köhler, DGB-Kreisvorsitzender, dankte allen Mitwirkenden. Anknüpfend an das Motto rief er, um Erinnerung mit Handeln zu verbinden, zur Teilnahme an Veranstaltungen in und um Hof auf, die den Kampf gegen Rassismus und Neonazismus zum Thema haben. Insbesondere forderte er zur Beteiligung an den Aktionen des Wunsiedler Bündnisses gegen den alljährlichen braunen Aufmarsch am 18. November auf.

E. P.

Georg-Elser-Preis und Geburtstags-Glückwünsche für Ernst Grube

Nach wie vor nicht »pflegeleicht«

»Von einem, der nicht aufgibt«, handelt der 2016 entstandene Film über den »Zeitzeugen« Ernst Grube. Im vergangenen Jahr gab es über die Filmpräsentationen und Grubes, diesem Dokumentations-Titel entsprechend, nach wie vor unermüdlichen Einsatz in Schulen und anderswo hinaus viele Möglichkeiten, ihn näher kennenzulernen.

Unmittelbar »persönlich«, bei Gesprächsforen landauf, landab – aber auch oft »medienvermittelt«. Hier spielten nicht zuletzt zwei Termine Ende 2017 eine wichtige Rolle: Zuerst der 7. November, als Ernst Grube den von der Stadt München verliehenen »Georg-Elser-Preis« für Zivilcourage überreicht bekommen hat. Ein Preis, mit dem Menschen geehrt werden, »die sich gegen undemokratische Strukturen, Organisationen und Entwicklungen auf ganz individuelle Weise zur Wehr setzen, die für Schwache eintreten, welche selbst keine Stimme haben, und die rechtsextremen Tendenzen entgegentreten«. (In der »*antifa*« Ausgabe September/Oktober 2017 ist die Begründung der städtischen Juroren vollständig zitiert.)

Auf das »Unbequeme« beim Engagement des Gewürdigten hatte die politisch breit besetzte Jury bereits im Vorfeld der Verleihung hingewiesen. Dr. Jürgen Zarusky, Historiker am Institut für Zeitgeschichte, wusste in seiner einfühlsamen Laudatio am 7. November dazu noch Erhellendes beizutragen. Zur Verfolgung und zum Widerstand von Kommunistinnen und Kommunisten in der NS-Zeit etwa und zum Umgang damit später in der Bundesrepublik. Und, ganz konkret, zur Diffamierung des Antifaschisten und Kommunisten Grube durch den »Verfassungsschutz« als »Extremist«: »Er ist extrem empfindlich, wo er den alten Nazi-Ungeist oder neues Unrecht am Werk sieht.« Eine Stellungnahme des Geehrten in seiner Danksagung brachte manche Anwesende aus offiziellen Münchner Gremien zum Schlucken. Kritisierte Grube doch die Raumvergabe-Praxis der Stadt, wenn es um kritische Veranstaltungen zur offiziellen Politik des Staates Israel gegenüber der palästinensischen Bevölkerung geht.



Bürgermeisterin Christine Strobl verleiht Ernst Grube den Elser-Preis. Foto: Gerlinde Dunzinger

Einen guten Monat später dann hatte Ernst Grube Gelegenheit, ausführlich selbst auf die Verfolgungs-Vergangenheit von sich und seinen Geschwistern als »Geltungsjuden« einzugehen und auf sein Verhältnis zum jüdischen Glauben und zu anderen Religionen. Im NS-Dokumentationszentrum wurde am inzwischen nach dem Holocaust-Überlebenden Max Mannheimer – Ernst Grubes Vorgänger als Präsident der Lagergemeinschaft Dachau – benannten Platz Grubes 85. Geburtstag gewürdigt. Die Feier leitete Dr. Winfried Nerdinger, Direktor des Zentrums, mit einer Würdigung des Jubilars ein, in dem er vor allem dessen Verdienste im einstigen »Initiativkreis« betonte, der diese Einrichtung erst möglich gemacht habe. Und Friedbert Mühldorfer, der – auch für die VVN-BdA – die Festansprache hielt, meinte: »Er ist kein pflegeleichter Zeitzeuge, denn was ihn umtreibt, spricht er aus.« Dass er dies auch weiter so kann, wünschen wir Ernst Grube und uns noch viele Jahre. *E. A.*

Der letzte Überlebende des »Todesmarsches« nach Surberg

Er wurde 102 Jahre alt

Am 12. September 2017 ist Kurt Messerschmidt in seiner Heimatstadt Portland im US-Bundesstaat Maine verstorben. Er wurde über 102 Jahre alt und war der letzte Überlebende des Todesmarsches von KZ-Häftlingen, der am 3. Mai 1945 bei Surberg, wenige Stunden vor der Befreiung, mit einem Massaker durch SS-Männern endete.

Kurt Messerschmidt konnte in der Nacht davor aus dem Stall im Brunnerbräukeller in Traunstein fliehen, in dem die völlig entkräfteten Häftlinge nach tagelangen Märschen die Nacht verbringen sollten. Er schlug sich bis zu einem Bauern in Surberg durch und fand im Kuhstall Unterschlupf. Am Tag darauf erlebte er die Befreiung vom Naziterror durch die amerikanischen Soldaten.

Messerschmidt, 1915 bei Berlin in einer jüdischen Familie geboren, arbeitete als Lehrer in einer jüdischen Schule bis zu deren Schließung 1942. Ein Jahr später wurden seine Familie und seine Verlobte Sonja ins Konzentrationslager Theresienstadt deportiert. Kurt und Sonja konnten noch heiraten, wurden aber getrennt, weil Kurt mit Bruder und Mutter ins KZ Auschwitz transportiert wurde. Die Mutter wurde ermordet, Kurt und sein Bruder überlebten die Zwangsarbeit in verschiedenen Lagern.

Einige Monate später erlebte Kurt noch einmal unglaubliches Glück: In München, wo er nach der Befreiung im Rundfunkchor auftrat, entdeckte er unter Suchmeldungen an der Anschlagtafel der Jüdischen Gemeinde auch den Zettel seiner Frau Sonja. 1950 wanderten beide in die USA aus, bedingt auch durch das öffentliche Klima der frühen Bundesrepublik, das von der Nazivergangenheit wenig wissen wollte und in dem alte Nazis wieder in Amt und Würden kamen. Kurt erhielt in Portland eine Stelle als Kantor bei der Jüdischen Gemeinde.



Sonja und Kurt Messerschmidt Foto: Privat

Engagiert blieb er bis zuletzt. Besonders freute er sich, dass er bald wieder Kontakt in die Traunsteiner Gegend fand. Schon 1985 hatte er mit einer Ansprache bei der Gedenkfeier in Surberg mitgeholfen, die Erinnerung auch bei uns wachzuhalten. 30 Jahre später stellte er in einem schriftlichen Grußwort fest: »Der KZ-Friedhof sollte auch mein Grab sein; er ist aber auch Zeugnis für unbeugsamen Willen und Wegweiser für eine bessere Zukunft.« *F.M.*

Neukölln: Massenhaft Stolpersteine geschändet

Der rechte Terror geht weiter

Immer wieder vor dem 9. November. Vor einem Jahr veröffentlichten Neuköllner Neonazis auf Facebook eine provokative Liste jüdischer Einrichtungen in Berlin. In diesem Jahr ließen sie sich etwas Neues einfallen: den massenhaften Diebstahl von Stolpersteinen, nicht irgendwo verteilt, sondern gezielt in einem eng begrenzten Gebiet um die von Bruno Taut konzipierte und seit 2008 als UNESCO-Welterbe anerkannte Hufeisensiedlung im Ortsteil Britz im Süden Neuköllns. Insgesamt 16 Stolpersteine wurden in der Nacht vom 5. zum 6. November aus dem Boden gerissen, vier weitere wurden beschädigt.

Diese Aktion richtete sich auch gegen die Bürgerinitiative »Hufeisern gegen Rechts«. Sie wurde 2012 von Anwohnerinnen und Anwohnern gegründet, die sich gegen NPD-Werbung in ihren Viertel gewehrt hatten und dafür von Nazis massiv bedroht wurden. Seitdem setzt sich die Initiative aktiv gegen Neonazis und für antifaschistisches Gedenken ein. Zahlreiche Veranstaltungen, Vorträge, Lesungen und Konzerte, z. B. im Gedenken an Erich Mühsam, der hier von 1928 bis zu seiner Verhaftung lebte, wurden seitdem durchgeführt, Stolpersteine auch für politische Nazigegner verlegt, nach Deutschland Geflüchtete wurden unterstützt und der Neofaschismus und das Erstarken des Rechtspopulismus bekämpft. Explizit für die Widerstandskämpfer aus ihrem Viertel wurden im letzten Jahr Stolpersteine verlegt, die jetzt alle geschändet wurden.

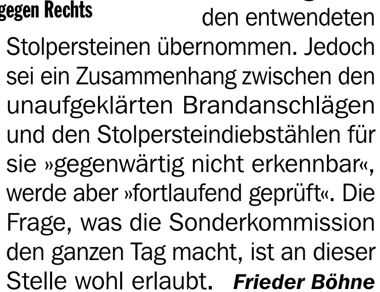
Kein Wunder, dass »Hufeisern gegen Rechts« auch von einer Anschlagserie auf Autos betroffen war, die zumeist nachts angezündet wurden. Seit November 2014 gab es im südlichen Neukölln fast 20 derartige Anschläge. Zu den Opfern gehörten antifaschistisch gesinnte Anwohnerinnen und Anwohner, Bezirkspolitikerinnen und -politiker, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Buchhändler und Funktionäre der Jugendorganisation »Die Falken«.

Sowohl Brandstifter als auch Stolpersteindiebe sind offiziell unbekannt, obwohl der kleine Kreis militanter Neuköllner nur zu gut bekannt ist. Vielleicht war es Zufall, dass die Anschläge auf die Stolpersteine nur zwei Wochen nach einem erfolglosen Antrag der AfD im Bezirksparlament, demzufolge Neukölln jede Art von Unterstützung für die Verlegung von Stolpersteinen einstellen sollte, stattfanden. Vielleicht war dies auch Ermutigung für den oder die Täter/Täterinnen. Das riesengroße Entsetzen auf die Tat war wahrscheinlich einkalkuliert und gewünscht.

Was dann passierte, hatte wohl niemand so erwartet: Bereits eine Woche nach der Tat waren über 5.000 Euro an Spenden eingegangen, um eine Wiederverlegung der Stolpersteine zu ermöglichen. Inzwischen sind bereits deutlich über 10.000 Euro eingegangen – wesentlich mehr als der entstandene materielle Schaden. Davon sollen weitere, zusätzliche Stolpersteine verlegt werden, und der Bezirk will das überschüssige Geld für die antifaschistische Bildungsarbeit mit Jugendlichen einsetzen.



Bis zur Neuverlegung hatten die Anwohnerinnen und Anwohner an den Orten der herausgerissenen Stolpersteine Kerzen und Informationstafeln aufgestellt Foto: Hufeisern gegen Rechts



Bereits am 4. Dezember kam Gunter Demnig zur Neuverlegung der Stolpersteine, diesmal mit einer festen Betonverankerung. An drei Tagen wurde in ehrenden Veranstaltungen noch einmal an die Widerstandskämpferin Gertrud Seele und die sechs Widerstandskämpfer Stanislaw Kubicki, Hans-Georg Vötter, Wienand Kaasch, Heinrich Uetzfeld, Rudolf Peter und Georg Obst aus der Hufeisensiedlung erinnert und das Leben jedes Einzelnen gewürdigt.

Die Bemühungen der Polizei, Täter zu ermitteln, haben bis jetzt keinen Erfolg gebracht. So ist es wohl nur eine Frage der Zeit, bis in Neukölln das nächste Mal zugeschlagen wird. Im Februar war nach den Brandanschlägen u. a. auf zwei Mitarbeiterinnen der Galerie Olga Benario eine Ermittlungsgruppe »Rechte Straftaten in Neukölln« (EG RESIN) im Polizeilichen Staatsschutz des Landeskriminalamtes Berlin eingerichtet. Laut Auskunft der Landesregierung auf eine kleine Anfrage der Linken hat diese inzwischen auch die Ermittlungen zu den entwendeten Stolpersteinen übernommen. Jedoch sei ein Zusammenhang zwischen den unaufgeklärten Brandanschlägen und den Stolpersteindiebstählen für sie »gegenwärtig nicht erkennbar«, werde aber »fortlaufend geprüft«. Die Frage, was die Sonderkommission den ganzen Tag macht, ist an dieser Stelle wohl erlaubt. ***Frieder Böhne***

Antifa – Jour fixe

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA…

…immer am 3. Montag im Monat, immer im Café Sibylle, immer ab 18.30 Uhr

Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz

Montag, 15. Januar 2017, 18.30 Uhr »Ich, Bertolt Brecht« Eine kollektive Würdigung Bertolt Brechts in seinem 120. Jahr durch die Arbeitsgruppe Jour fixe der Berliner VVN-BdA. Geboren am 10. Februar 1898, wird er einer der größten Dichter, Lyriker und Theatermacher Deutschlands. Weltberühmt 1928 durch die »Dreigroschenoper« mit Kurt Weill, später, ihm wichtiger, seine Zusammenarbeit mit Hanns Eisler bei der »Mutter«, besonders, weil nun gezielt für die Emanzipation der Unteren schreibend. Den Krieg hassend schon als Gymnasiast und später mit einer Jüdin verheiratet, trieben ihn die Nazis durch sieben Länder. Dreizehn Jahre war er Ausländer und fühlte sich auch so. Die begehrte »Stadt der Engel«, L. A., ist für ihn die »Hölle der Enttäuschten«, wo der Verkauf aller Werte an erster Stelle steht. Wegen »unamerikanischer Umtriebe« ausgewiesen, will ihn auch in Europa niemand haben. Einziges Angebot für Arbeit und Leben macht ihm die sowjetische Besatzungszone und lässt ihn ab dem 22.10.1948 miterleben und mitgestalten das Experiment DDR, von ihm genannt seine »Mühen der Ebenen«. Mit 58 Jahren stirbt er, 48 Dramen und 50 Dramenfragmente, 2300 Gedichte, Romane, Geschichten sowie wesentliche Werke zur Theorie des Epischen Theaters hinterlassend.

Montag, 19. Februar 2018, 18.30 Uhr »Ein Krokodil für Zagreb« Eine Lesung mit der Autorin Marina Achenbach. Es moderiert Hans Coppi. Marina Achenbachs Roman erzählt die Geschichte ihrer Familie in den Umbrüchen Europas des 20. Jahrhunderts, von der Münchner Räterepublik und Jugoslawien nach 1918 bis zum Balkankrieg der 1990er Jahre. Mutter Seka, Journalistin aus Sarajevo, verliebte sich in Zagreb in Ado, einen vor den Nazis geflohenen Mann vom Theater mit einem Krokodil, der, aus einer kaisertreuen adligen deutschen Familie stammend, Kommunist geworden war. Während der faschistischen Besetzung Jugoslawiens getrennt, fanden sie sich wieder, überlebten und richteten nach Kriegsende ihre Hoffnungen auf die DDR. Doch die Familie wurde erschüttert: Die Rückkehr nach Zagreb scheiterte, Seka fand sich im Westen wieder, Sohn und Tochter sahen im belagerten Sarajevo der 1990er Jahre Jugoslawien zerfallen. Marina Achenbach erzählt aus der Perspektive der Tochter. Eine Würdigung für ihre Mutter, die immer wieder jene fand, die wie sie die Verhältnisse ändern wollen.

70. Jahrestag der Gründung der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

Noch immer unverzichtbar

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin
Tel.: (030) 55 57 90 83-0 Fax: (030) 55 57 90 83-8,
Internet: hans.coppi@web.de
E-Mail: berlin@vvn-bda.de

Wir bitten um Spenden für die Berliner VVN-BdA!
Spendenkonto: Postbank Berlin
IBAN: DE 18 1001 0010 0315 9041 05
BIC: PBNKDEFF

Bereits in den ersten Wochen nach der Befreiung spürten Verfolgte des Nazi-Regimes und Überlebende des Holocaust, der Haftstätten und Konzentrationslager den Wunsch und die Notwendigkeit, beim Aufbau eines neuen Deutschlands über eine eigene, unabhängige Organisation verfügen zu können.

Erste Komitees gründeten sich bereits 1945, Kreis- und Landesverbände der neuen, großen Organisation entstanden seit 1946 in allen Besatzungszonen. Ihre Kernaufgaben glichen sich allerorts: Aufklärung über die Verbrechen des Faschismus, Würdigung und Dokumentation des Widerstandes, der Kampf für eine Welt ohne Krieg und Faschismus, die Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte, der Aufbau eines demokratischen Deutschlands unter Beteiligung der Verfolgten des Naziregimes, die Entfernung aller Nazis aus dem öffentlichen Leben, die Bestrafung aller NS-Verbrecher, Entschädigung der Opfer des Faschismus, die Zusammenarbeit mit Verfolgtenorganisationen anderer Länder.

Erst Ende 1947 gaben die Vertreter aller vier Besatzungsmächte nach einem langwierigen Abstimmungsprozess auch in Berlin grünes Licht. Zwischen dem 28. Dezember 1947 (Neukölln) und dem 12. Januar 1948 (Charlottenburg) fanden die Gründungsversammlungen in den 20 Berliner Bezirken statt. Daraufhin wurde am 16./17. Januar 1948 die Berliner VVN in den Räumen der weitgehend unzerstörten und an der Charlottenburger Joachimsthaler Straße gelegenen Synagoge gegründet. 122 Delegierte aus allen Stadtbezirken Berlins wählten Jeanette Wolf (SPD), Heinz Galinski (jüdische Gemeinde) und Walter Bartel (SED) als gleichberechtigte Vorsitzende.

1947 waren Opfer des Naziregimes offen angefeindet, jüdische Geschäfte mit Hakenkreuzen beschmiert, Friedhöfe geschändet und OdF-Denkmäler zerstört worden. Im »Abwehrkampf« gegen Nazismus und Antisemitismus – so Heinz Galinski am 18. Januar auf einer VVN-Kundgebung im Admiralspalast – bedürfe es einer starken Organisation, der VVN, um den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu führen. Voraussetzung sei die Wahrung strengster Neutralität in allen politischen und religiösen Fragen.

Die politisch und weltanschaulich heterogene Vereinigung der Naziverfolgten mit über 13.000 Mitgliedern geriet im Laufe des Jahres 1948 zunehmend in die Auseinandersetzungen des eskalierenden Kalten Krieges. Im Jahr von Währungsreform im Westen, Berlin-Blockade seitens der Sowjetunion und mit der von der SPD-Führung beschlossenen Unvereinbarkeit, Mitglied der SPD und der VVN zu sein, begann der breite antinazistische Konsens mehr und mehr zu zerbrechen. Während viele Mitglieder die Berliner VVN verließen, nahm der politische Einfluss auf die überparteiliche, überkonfessionelle und unabhängige Organisation durch die SED und die sowjetische Besatzungsmacht zu. Wegen angeblich politischer Unzuverlässigkeit wurden seit 1950 zahlreiche im »demokratischen Sektor« lebende Frauen und Männer – überwiegend nach der »Parteiüberprüfung« im Jahre 1950/51 – zunächst aus der SED und dann aus der VVN ausgeschlossen. Die SED-Führung löste schließlich im Februar 1953 die VVN auf. Damit verloren die in der DDR und im Osten Berlins lebenden Verfolgten des Naziregimes (VdN) ihre eigene Stimme. Mitte 1953 entstand das vom Zentralkomitee der SED angeleitete Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer. Die VdN-Referate bei den Bezirksämtern kümmerten sich um die soziale Betreuung der anerkannten Opfer des Faschismus. In Westberlin arbeitete die VVN trotz des großen auf ihr lastenden politischen Drucks weiter. 1971 öffnete sie sich für jüngere Antifaschisten.

Erst mit dem Zusammenbruch der DDR erwuchs die Chance einer erneuerten, unabhängigen antifaschistischen Bewegung, erneut in einem »Abwehrkampf« gegen eine Welle von Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus und Neonazismus.

Die heutige Berliner VVN-BdA konstituierte sich 2005 nach einem längeren Verschmelzungsprozess der aus dem Westteil kommenden und den sich 1990 im Ostteil Berlins neu gründenden antifaschistischen Gruppen. Unser Verband mit gegenwärtig ca. 680 Mitgliedern leistet eine vielfältige Arbeit in gedenk- und erinnerungspolitischen Initiativen, in der Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus und in der sozialen Arbeit für ihre hochbetagten Mitglieder. Sie ist unverzichtbarer Teil eines breiten Bündnisses zur Verteidigung von Demokratie, Toleranz und einer solidarischen Gesellschaft. Leitmotiv ist bis heute der Schwur der befreiten Häftlinge von Buchenwald.

Am 18. Januar begehen wir den 70. Jahrestag der Gründung der Berliner VVN mit einer Festveranstaltung im ehemaligen Betsaal des früheren jüdischen Waisenhauses in Pankow. Wir freuen uns auf die Grußworte von Peter Neuhof (VVN-VdA) und Walter Sylten (Evangelische Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte). Ihre Väter wurden in Sachsenhausen erschossen bzw. in der Tötungsanstalt in Hartheim ermordet. Weitere Grußworte von Klaus Lederer (Senator für Kultur und Europa), Lala Süsskind (Jüdisches Forum für Demokratie gegen Antisemitismus), Petra Rosenberg (Vorsitzende des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg), Susanne Kitschun (Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus) und Karoline Georg, seit kurzem Mitglied, wechseln sich mit kurzen Talks zu aktuellen Projekten, mit Liedern von Isabel Neuenfeldt, Bettina Wegner und Karsten Troyke sowie mit Filmsequenzen von der Gründung der Berliner VVN und dem Gedenken an die Opfer des Faschismus in den frühen Nachkriegsjahren ab. Ein abwechslungsreiches und auch unterhaltsames Programm.

Gründungskonferenz der Berliner VVN, 16./17. Januar 1948, v. l.:Die Vorsitzenden Walter Bartel (SED), Heinz Galinski (Jüdische Gemeinde), Jeannette Wolff (SPD) Foto: SAPMO/BArch

Die hohe Wertschätzung unserer Vereinigung drückt sich nicht nur in den Grußworten, sondern auch in der Teilnahme von Stadträten, Mitgliedern des Bundestages, des Abgeordnetenhauses und der BVVen aus. Anwesend sind auch Bündnispartner aus Gewerkschaften, Jugendverbänden, Mitstreiter aus Gedenk- und Erinnerungsinitiativen sowie Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus. In der Pause und nach dem Ende des Programms ergibt sich die Möglichkeit für Begegnungen und Gesprächen. Auf dem Infotisch liegt außer der Januarausgabe der »*antifa*« und Unser Blatt 67 ein Sonderheft »70 Jahre Berliner VVN« mit 25 Beiträgen und vielen Fotos.

Hans Coppi

Die Erinnerung an Widerstand und Verfolgung bleibt öffentlicher Auftrag

Erinnerung an Gestapo-Hölle im Konsumhimmel

Buchhandlung mit Café als Ort der Erinnerung an Widerstand und Verfolgung in Hamburg? Geht gar nicht!

Das Stadthaus war von 1933 bis 1943 als Sitz der Gestapo der zentrale Ort des Nazi-Terrors in Hamburg. Von hier aus brachen die Schläger-Trupps des »Kommandos zur besonderen Verwendung« zu Razzien und Verhaftungen auf, hier war der Ort der Folter-Verhöre, denen Tausende ausgeliefert waren und die einige nicht überlebten. Wer von uns erinnert sich etwa nicht an die erschütternden Berichte über die schrecklichen Misshandlungen von Fiete Schulze und Etkar André? Hier wurde über die Verschleppung ins KZ und über außergerichtliche Hinrichtungen von politischen Gegnern der Nazi-Diktatur entschieden, hier wurden die Deportationen von Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma organisiert. In allen Erinnerungsberichten unserer Gründer-Generation spielte das Stadthaus – ebenso wie KoLaFu – eine ganz besondere Rolle als Ort des Schreckens. Gertrud Meyer hat darüber geforscht und ausführlich berichtet.[1]

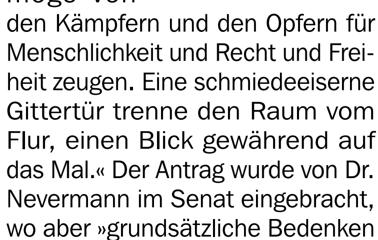
1943 wurde das Gebäude von Bomben getroffen, die Gestapo-Zentrale verlegt, und später zog in das renovierte Stadthaus die Hamburger Baubehörde ein.

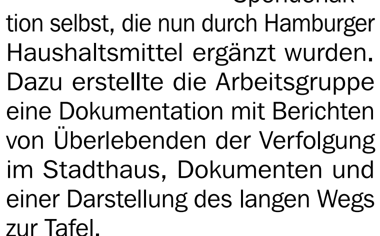
Kampf um Gedenktafel

Schon 1948 stellten »die politisch und rassisch Verfolgten in der Baubehörde« einen Antrag auf Errichtung eines Erinnerungsmals im damals noch vorhandenen ehemaligen »Bereitschaftsraum«, in dem die Verhafteten auf ihre Verhöre warten mussten. Sie schrieben an Senator Dr. Nevermann: »Seit Menschengedenken sah kein anderer Raum in Hamburg so viel seelische Qual, soviel Verzweiflung, soviel unverschuldete Not wie dieser. Sorgen Sie, sehr geehrter Herr Senator, bitte dafür, dass dieser Raum, dieser Vorhof zur Hölle, nicht mehr dem nüchternen Alltag dient: Ein schlichtes Denkzeichen möge von den Kämpfern und den Opfern für Menschlichkeit und Recht und Freiheit zeugen. Eine schmiedeeiserne Gittertür trenne den Raum vom Flur, einen Blick gewährend auf das Mal.« Der Antrag wurde von Dr. Nevermann im Senat eingebracht, wo aber »grundsätzliche Bedenken erhoben wurden«, so dass er letztlich im Sande verlief.[2]



Das Hamburger Stadthaus und Gestapo-Zentrale





1977 ergriffen Kolleginnen und Kollegen der ÖTV, die der »Entwicklung des Rechtsradikalismus«, die sich auch in Nazi-Schmierereien im und am Gebäude zeigte, etwas entgegensetzen wollten, die Initiative für eine Erinnerungstafel am Eingang. Ältere Kollegen, die selbst in den Kellern gelitten hatten, berichteten ihnen von der Geschichte des Hauses, die nun öffentlich werden sollte. Bis 1981 dauerte es, dass die Tafel endlich angebracht werden konnte. 6.000 DM sammelte die ÖTV-Arbeitsgruppe Gedenktafel mit einer Spendenaktion selbst, die nun durch Hamburger Haushaltsmittel ergänzt wurden. Dazu erstellte die Arbeitsgruppe eine Dokumentation mit Berichten von Überlebenden der Verfolgung im Stadthaus, Dokumenten und einer Darstellung des langen Wegs zur Tafel.

Auch die VVN-BdA hatte immer wieder ihrer Forderung nach einem Gedenken an Widerstand und Verfolgung am Stadthaus mit Mahnwachen Nachdruck verliehen. Bis in die Mitte der 1990er Jahre fand schließlich an jedem 30. Januar dort eine Kundgebung gemeinsam mit dem Personalrat der Baubehörde und der ÖTV Hamburg statt, bei der regelmäßig Herbert Baade zuerst als Vorsitzender, ab 1990 als Ehrenvorsitzender der VVN-BdA und als Überlebender sprach.

Die Pläne des Investors

Seit 2012 ist die Baubehörde in Wilhelmsburg und im Frühsommer 2018 soll das Stadthaus nun zum Konsumtempel mit exklusiven Geschäften und Restaurants werden, in den oberen Stockwerken entstehen Luxus-Wohnungen.

Im Kaufvertrag von 2009 mit dem damaligen schwarz-grünen Senat hat sich der Investor Quantum verpflichtet, im Rahmen des Umbaus »in Abstimmung mit dem Denkmalschutzamt und der KZ-Gedenkstätte Neuengamme einen Lernort mit unterschiedlichen Inhalten (Ausstellung, Seminare, Veranstaltungen, Inszenierungen, Dokumentationen) zur Nutzung des Stadthauses in den Jahren 1933-1943 … auf seine Kosten zu realisieren sowie dauerhaft den Betrieb und die öffentliche Zugänglichkeit sicher zu stellen«.[3] Dazu wurden Flächen festgelegt, die dem Zweck entsprechend einzuplanen

Kampagne »Aufstehen gegen Rassismus« Hamburg Stammtischkämpfer*innen-Ausbildung

an den Sonntagen
- 21. Januar
- 4. Februar
- 11. März

von 10.00 bis 16.30 Uhr

Veranstaltungsort: GEW im Curio-haus, Rothenbaumchaussee 15, Hamburg

Anmeldung erforderlich unter: stka-agr@nadir.org

Termine

18. Januar bis 11. Februar
»Rund um die Alster – Hamburger Geschichte im Nationalsozialismus« Eine Ausstellung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.
Ort: Rathausdiele des Hamburger Rathauses

So, 21. Januar, 17.00 Uhr
Film »Rotation« von Wolfgang Staudte, D 1949
Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Eingang Kleine Theaterstr. 10

25. Januar bis 27. März
»Auschwitz darf niemals in Vergessenheit geraten«-Woche des Gedenkens im Bezirk Hamburg-Nord, angeregt von der Bezirksversammlung (WdG Nord)

Do, 25. Januar, 10.00 Uhr
(WdG Nord) Frauenfrühstück mit kulturellem Beitrag. Ilse Jacob (VVN-BdA Hamburg) erzählt vom Leben und Wirken ihrer Mutter Katharina Jacob im NS-Widerstand und reflektiert die Auswirkungen auf ihr eigenes Leben. Eintritt € 3,- (ohne Getränke). Ort/Veranstalterin: Kulturhaus Eppendorf, Julius-Reincke-Stieg 13a, Hamburg

Sa, 27. Januar, 18.00 Uhr
(WdG Nord) »Auschwitz darf niemals in Vergessenheit geraten«. Feierstunde der Bezirksversammlung Hamburg-Nord mit Zeitzeugin Ilse Jacob und dem Historiker Axel Schildt.
Ort: Großer Sitzungssaal, Robert-Koch-Straße 17, Hamburg

Di, 30. Januar, 15.00 Uhr
(WdG Nord) »Ehrung der Hamburger Widerstandskämpfer«
Veranstalter: Gedenkstätte Ernst Thälmann
Ort: »Ehrenhain« Ohlsdorfer Friedhof, Bergstraße/Nähe Haupteingang

V.i.s.d.P. dieser Seite: Landesgeschäftsstelle VVN-BdA, Landesvereinigung Hamburg, Telefon: 040 / 31 42 54, E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de
Wir bitten um Spenden für die Hamburger VVN-BdA! Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, HASPA, IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183, BIC: HASPDEHHXXX

seien. Auf dieser Grundlage waren wir guter Dinge, dass Widerstand und Verfolgung am historischen Ort ihren Platz erhalten würden.

Nun erfahren wir, dass der »Eigentümer sich in Abstimmung mit der zuständigen Behörde im Sommer 2017 für das Konzept einer Buchhandlung entschieden [hat] und beabsichtigt, einen Mietvertrag mit der Buchhandlung, die auch die Ausstellungsfläche betreiben soll, zu schließen. Das gewählte Konzept sieht vor, [dass] in den Räumlichkeiten im Erdgeschoss ein Ausstellungsraum, eine ausgewiesene Buchhandlung und ein Café eingerichtet werden. […] Zur Unterstützung der Ausstellung hat die KZ-Gedenkstätte Neuengamme dem Eigentümer konzeptionelle Unterlagen sowie historisches Material zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus bietet sie fachliche Beratung bei der Ausstellungsentwicklung an.« [4] Von 530 qm, die im Bauantrag als Ausstellungsfläche genannt sind, sind nach Auskunft des Senats noch 110 qm übriggeblieben.[5]

Wir leisten Widerstand!

Das fordert unseren entschiedenen Widerstand heraus! Angesichts der Tatsache, dass die Realisierung dieses Konzepts bis Sommer 2018 abgeschlossen sein soll, ist Eile geboten. Ebenso muss der Protest, soll er eine Chance auf Erfolg haben, mit allen möglichen Partnern gemeinsam und entschieden vorgebracht werden.

Als erste Schritte gab es bereits ein Treffen mit einem weiteren Kreis von Interessierten, Engagierten und bereits Aktiven im November. Anfang Dezember folgte ein erstes Treffen von Verfolgten-Organisationen. Dort haben wir uns auf gemeinsame Forderungen und ein gemeinsames Vorgehen verständigt, die wir zunächst in einem Gespräch mit der Kulturbehörde vorbringen wollen: Es muss einen öffentlichen Prozess geben, an dem die Opfer-Verbände unbedingt zu beteiligen sind. Unser gemeinsames Ziel ist eine Kennzeichnung des Ortes als zentraler Ort des Nazi-Terrors und der Erinnerungsort an den antifaschistischen Widerstand in Hamburg.

Für Januar wird ein weiteres Bündnistreffen vorbereitet, zu dem über den bereits beteiligten Kreis hinaus potentielle Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewonnen werden sollen. Ein erstes öffentlich sichtbares und hörbares Signal wollen wir mit der Wiederaufnahme der Tradition am 30. Januar setzen.

Eine **Kundgebung am 30. Januar 2018 um 17.00 Uhr am Stadthaus** soll an Widerstand und Verfolgung erinnern und deutlich machen:

Die Erinnerung an und Auseinandersetzung mit dem Faschismus ist eine gesellschaftliche Aufgabe und gehört in den öffentlichen Raum. Sie kann und darf nicht privatisiert werden! Dies gilt gerade in einer Zeit, in der die AfD immer wieder in programmatischen Äußerungen ihrer Repräsentanten und mit gezielten Tabu-Brüchen an die ideologischen Grundlagen des Naziregimes anknüpft und seinen verbrecherischen Charakter zu bagatellisieren trachtet.

Cornelia Kerth

1 Gertrud Meyer, Nacht über Hamburg, Röderberg, Ffm 1971
2 Dokumentation Stadthaus in Hamburg, Hrsg. ÖTV-Bezirksverwaltung Hamburg, April 1981
3 Drucksache 194555: Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft
4 Drucksache 21/10997 SKA des Abg. Wersich und Antwort des Senats
5 Drucksache 21/10997 SKA des Abg. Hackbusch und Antwort des Senats

Protest der Anwohner/-innen in Barmbek erfolgreich

Thor-Steinar-Laden muss schließen

Am 1. Dezember 2017 fand die erneute Verhandlung der »Eigentümergemeinschaft der Fuhlsbüttler Straße 257« gegen den Vermieter des Ladengeschäfts »Nordic Company«, in dem ausschließlich die bei Rechtsextremen beliebte Marke Thor Steinar vertrieben wird, im Amtsgericht Barmbek statt.

Das Ergebnis: Der Thor-Steinar-Laden Nordic Company muss zum 31. Januar 2018 schließen und es gibt keine Verlängerung des Mietvertrages. Barmbek ist den Nazi-Klamottenladen ab Februar 2018 endlich los. Hintergrund der Klage waren die anhaltenden Proteste und Demonstrationen gegen den Betrieb des Ladengeschäfts Nordic Company.

»Damit ist klar, dass das Engagement der Barmbeker Initiative gegen Rechts, der Barmbekerinnen und Barmbeker so wie vieler anderer Organisationen gegen das Eindringen der rechten Modemarke in den bunten Stadtteil Barmbek erfolgreich zurückgedrängt wurde«, kommentiert Andrea Krieger von der Barmbeker Initiative gegen Rechts.

»Wir werden so lange mit den Mahnwachen weitermachen, bis der Laden weg ist. […] Wenn der Nazi-Laden dann weg ist, werden wir unseren Erfolg gebührend feiern, wozu wir alle Barmbeker/-innen und Aktivisten/-innen ganz herzlich einladen«, kündigt Maren Nowak, ebenfalls von der Barmbeker Ini, an.

»Es ist schön zu sehen, wie der Stadtteil zusammengerückt ist und den Anfeindungen von rechts mit gelebter Solidarität sowie einem klaren Bekenntnis für ein buntes Barmbek entgegengetreten ist. […] Wir danken für das große Engagement und die Solidarität des Stadtteils und hoffen, dass alle auch weiterhin bis zum Schluss dabeibleiben«.

Rachid Messaoudi
Barmbeker Initiative gegen rechts

Di, 30. Januar, 17.00 Uhr
Kundgebung »Gedenkort Stadthaus«. Die Erinnerung an Widerstand und Verfolgung bleibt öffentlicher Auftrag
Ort: Stadthausbrücke Ecke Neuer Wall, Hamburg

Do, 8. Februar, 11.00 Uhr
(WdG Nord) Sonderführungen in der Gedenkstätte Kolafu mit den Zeitzeuginnen Ilse Jacob und Ursula Suhling. Auch für Schulklassen gut geeignet. Schulklassen bitte anmelden unter: Tel.: 040 / 57 14 52 40 oder Email: Andrea.krieger1@vodafone.de
Veranstalterinnen: VVN-BdA Hamburg Nord und Willi-Bredel-Gesellschaft
Ort: Gedenkstätte Kolafu, Suhrenkamp 98

Sa, 24. Februar, 11.00 Uhr
Gedenken zum 75. Jahrestag für die hingerichteten Mitglieder der antifaschistischen Widerstandsgruppe »Weiße Rose«.
Ort: »Weiße Rose«, am Gedenkstein »Weiße Rose« in Volksdorf.

So, 25. Februar, 17.00 Uhr
Film »Die Widerständigen« von Katrin Seybold, D 2008
Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Eingang Kleine Theaterstr. 10

Do, 8. März, 19.00 Uhr
»Widerständiges Frauenleben«. Genossin – Frau – Mutter: Katharina Jacob. Eine Veranstaltung zum Internationalen Frauentag über kämpferisches Frauenleben gegen Faschismus und Neofaschismus.
Ort: Kulturpalast Hamburg, Öjendorfer Weg 30 a, Hamburg-Billstedt

Fr, 16. März, 15.00 Uhr
Protest gegen Lettische Veteranen der Waffen-SS in Riga. Wir haben im März 2017 unseren Protest gegen den jährlichen Aufmarsch zu Ehren der lettischen Veteranen der Waffen-SS in Riga an allen lettischen Vertretungen zum Ausdruck gebracht.
Mehrere unserer FIR-Partnerverbände schlossen sich der Aktion an. Damit unterstützen wir die Freundinnen und Freunde in Lettland, deren Proteste von der Regierung massiv behindert und kriminalisiert werden. Das wollen wir auch in diesem Jahr in Hamburg wiederholen.
Ort: Ecke Jungfernstieg/Neuer Wall (Nähe Konsulat Lettland)

RHEINLAND-PFALZ

Zum Tod der Antifaschistin Irma Strauch

»Nie wieder!« war ihre Maxime

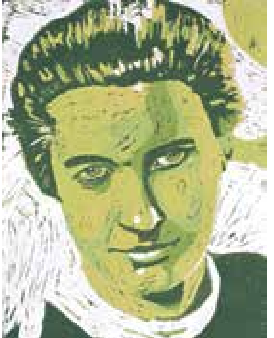
Redaktion dieser Seite:

VVN-BdA Rheinland-Pfalz, Lutrinastraße 6, 67655 Kaiserslautern, V.i.S.d.P.: W. Warstadt

Mit Irma Strauch verliert die Mainzer VVN die letzte Kameradin der Gründergeneration.

Als Irma Hertel wurde sie am 12. September 1920 in einer antifaschistischen Familie in Saarbrücken geboren. Ihre sieben älteren Geschwister kämpften im antifaschistischen Widerstand, und als ihre Schwester Barbara (Bebi) 1941 in Brüssel verhaftet wurde, traf Irma sie im Gefängnis wieder, nahm ihren acht Monate alten Sohn an und sorgte für ihn, bis Bebi nach Knast und Haft im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück von der Roten Armee befreit worden war.

Ab 1947 lebte Irma mit ihrer Familie in Mainz und gehörte zu denen, die die Lehre des antifaschistischen Widerstands »Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!« zur Maxime ihres weiteren Lebens machten. Als Aktivistin des Demokratischen Frauenbunds Deutschlands (DFD) wurde Irma wegen »staatsgefährdender Aktivitäten« der Prozess gemacht. Dieser Angriff, wie auch die Folgen des Verbots ihrer Partei, der KPD, konnten Irma und ihren Mann Franz Strauch nicht beeindrucken. Für unsere Sache einzustehen, war Irma immer eine Selbstverständlichkeit. So fehlte sie auf keinem Ostermarsch und bei keinem 1. Mai oder wenn es galt, alten oder neuen Nazis entgegenzutreten. Jahrelang war sie bei den Protesten und Belagerungen dabei, wenn sich Faschisten aus ganz Europa zur »Sonnenwendfeier« oder zum »Führergeburtstag« auf dem Anwesen Mainzer Nazi-Funktionäre trafen. Dass antifaschistischer Protest Erfolg haben kann, hat Irma Strauch immer wieder betont und dabei darauf hingewiesen, dass diese Nazi-Netzwerktreffen nicht mehr stattfanden, als die Proteste von Jahr zu Jahr stärker wurden.



Irma Strauch auf einem Linoldruck von Thilo Weckmüller

Noch im hohen Alter besuchte Irma Veranstaltungen und fand mit ihren mahnenden Worten aufmerksame Zuhörer.

In den letzten Jahren sprach Irma manchmal darüber, dass es ein komisches Leben sei, wenn fast alle, mit denen man sein Leben gelebt und seine Kämpfe bestritten hat, nicht mehr da sind. Kaum eine ihrer Gefährtinnen und Gefährten hat ein so hohes Alter erreicht wie sie selbst.

Für das Projekt »Trotz Alledem!« des Mainzer Künstlers Thilo Weckmüller, in dem mittlerweile 80 Porträts und Biografien von antifaschistischen Widerstandskämpfern und -kämpferinnen aus dem Rhein-Main-Gebiet versammelt sind, hat sie wertvolle Informationen zu den Biografien beitragen, Geschichten und Anekdoten über diese mutigen Menschen erzählen können.

Irma Strauch starb am 2. Dezember 2017 in Mainz.

Mathias Meyers

HESSEN

VVN im Main-Kinzig-Kreis wieder aktiv – Termine im Januar und März

Kooperation mit dem DGB

Seit einigen Monaten gibt es im hessischen Main-Kinzig-Kreis (um Hanau) wieder eine aktive Kreisorganisation der VVN-BdA. Die Gruppe von Aktiven und Interessierten um den langjährigen Gewerkschaftssekretär Horst Koch-Panzner hat die VVN im Kreis wieder zum Leben erweckt.

Am 18. Oktober fand in Hanau die Mitgliederversammlung der VVN-BdA Main-Kinzig statt. Der neu gewählte Vorstand setzt sich zusammen aus Horst Koch-Panzner als Vorsitzendem, Ulrike Eifler als stellvertretende Vorsitzende, Conny Gramm als Kassiererin und den Beisitzern Karl Schmied und Dirk Methfessel.

Horst Koch-Panzner ging in seiner Begrüßung auf die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Rassismus in der Gesellschaft ein und dabei insbesondere gegen die AfD. Er berichtete von entsprechenden Aktionen und Veranstaltungen, die in den letzten Monaten stattfanden.

Gemeinsam mit dem DGB rief die VVN-BdA Main-Kinzig auch dazu auf, gegen die Verleihung der Wilhelm-Leuschner-Medaille an Roland Koch in Wiesbaden zu demonstrieren.

Mit dem DGB konnte die VVN-BdA Main-Kinzig eine Kooperation vereinbaren. Die Postanschrift der VVN-BdA Main-Kinzig lautet dementsprechend: c/o DGB Südosthessen, Willy-Brand-Str. 23, 63450 Hanau.

Die Main-Kinzig-VVN wird an den Veranstaltungen des DGB Südosthessen wie Internationaler Frauentag, 1. Mai und Antikriegstag mit Infoständen und Redebeiträgen mitwirken. Anlässlich der Antirassismus-Wochen in der zweiten Märzhälfte werden VVN und DGB gemeinsam vom 19. März bis 19. April 2018 im Hanauer DGB-Haus (Willy-Brandt-Straße 23) die Anti-AfD-Ausstellung der VVN-BdA zeigen, zu sehen montags bis freitags von 8.00 bis 17.00 Uhr. Die Ausstellung wird am 19. März um 19.00 Uhr eröffnet. Am 22. März findet dazu, ebenfalls im Hanauer DGB-Haus um 19.00 Uhr, eine Veranstaltung »Rassismus in der AfD – und wie Gegenwehr organisieren« gemeinsam mit dem Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« statt.

Auf dem Hintergrund des 200. Geburtstages von Karl Marx lädt die VVN Main-Kinzig bereits am 18. Januar 2018 um 19.00 Uhr zu einer Film- und Diskussionsveranstaltung über Karl Marx ins DGB-Haus ein. ***Red.***



Foto: Rosi Steffens

Vor dem Ort der Auszeichnung Roland Kochs mit der Wilhelm-Leuschner-Medaille kam es in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden zu einer Protestkundgebung mit rund dreihundert Teilnehmenden, vor allem Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie Mitgliedern der VVN-BdA.

Extremismusklausel in Hessen

In unserer vorigen Ausgabe berichteten wir bereits über das Vorhaben der schwarz-grünen hessischen Landesregierung, den Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz mit noch mehr Mitteln und Befugnissen auszustatten.

Dazu gehört auch die (Wieder-)Einführung einer Extremismusklausel. Als diese auf Bundesebene bestand, wurde sie mit gutem Grund auch von den Grünen abgelehnt. In Hessen gehören die Grünen jetzt dennoch zu denen, die für eine solche Klausel sorgen wollen.

Wohl nicht zuletzt aufgrund heftiger Kritik an dieser Absicht wurde eine scheinbare Korrektur vorgenommen. Einrichtungen und Initiativen, deren Arbeit bereits unterstützt wird, sollen nicht mehr unter die »Extremismus«-Kontrolle fallen. Bei allen neuen Projekten und Vorhaben soll sie jedoch angewandt werden.

Sie stellt alle diejenigen, die gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus aktiv sind, unter Generalverdacht. Bündnispartner und Beteiligte sollen einer Überprüfung unterzogen und gegebenenfalls ausgesondert werden. Das schwächt den Kampf gegen rechts. ***Pcw.***

VVN-Erzählcafé befasste sich mit einem aktuellen Thema:

Schädigung der Verfassung abgewehrt

Die Verfassung des Landes Hessen, die erste beschlossene Verfassung im Nachkriegsdeutschland, enthält eine Reihe von Bestimmungen, die deutlich einen antifaschistischen Hintergrund haben, so u.a. Artikel gegen den Missbrauch von Kapitalmacht, das Verbot jeder Kriegsvorbereitung (»Der Krieg ist geächtet«), für Sozialrechte, zur Sozialisierung von Bergbau, Stahlindustrie, Energiewirtschaft und Verkehrswesen, für die Enteignung von Großgrundbesitz, für Bodenreform sowie für staatliche Aufsicht bzw. Verwaltung von Großbanken und Versicherungsunternehmen.

Durch einen Volksentscheid am 1. Dezember 1946 angenommen, kann diese Verfassung – auch das ist ein Unikat – nur durch Zustimmung in einer Volksabstimmung geändert werden.

Vor etwa zwei Jahren entschloss sich die schwarz-grüne hessische Landesregierung, diese Verfassung zu »reformieren«. Festgemacht wurde das vordergründig an der in der Verfassung enthaltenen Möglichkeit der Todesstrafe, obwohl diese durch das später in Kraft getretene Grundgesetz bereits ungültig geworden war.

Tatsächlich ging es maßgebenden Betreibern der »Reform« um etwas anderes. Unter den Änderungsvorschlägen befanden sich recht bald die nach Streichung der pro-sozialistischen und kapitalismuskritischen Teile der Verfassung.

Zur Vorbereitung der Verfassungsänderung wurde eine Enquetekommission eingerichtet mit Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern von Organisationen und Institutionen aus der Zivilgesellschaft, darunter Gewerkschaften, Kirchen, Juristenvereinigungen, sowie Wirtschafts- und Sozialverbänden.

Insgesamt kamen weit über zweihundert Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zusammen, über die im Verlauf von rund zwei Jahren diskutiert wurde. Zum Schluss kamen dabei allerdings nur noch 15 Änderungs- und Ergänzungsvorschläge heraus, die einvernehmlich von CDU, Grünen, SPD und FDP getragen werden; in einigen Punkten zustimmend auch von der Linksfraktion.

Dabei handelt es sich um Vorschläge zur »Förderung der Gleichberechtigung«, für Kinderrechte, Datenschutz, Nachhaltigkeit, Infrastruktur, Kultur, Sport sowie »Förderung des Ehrenamtes«, die als »Staatsziele« in der Verfassung verankert werden sollen; des Weiteren das »Bekenntnis zur Europäischen Integration«, die Herabsetzung des Wählbarkeitsalters, das Recht zur elektronischen Gesetzesverkündung, die Stärkung der Unabhängigkeit des Rechnungshofes, die »Stärkung der Volksgesetzgebung« und schließlich die Streichung der längst ungültigen Todesstrafe. Die Proklamation der »Staatsziele« bleibt weitgehend unverbindlich; sie sind »im Rahmen der Leistungsfähigkeit« lediglich zu »beachten«, jedoch nicht einklagbar.

Unter »Stärkung der Volksgesetzgebung« ist die Herabsetzung der bei Volksbegehren und Volksentscheide jetzt hohen Antragsteller-Quote von 20 Prozent aller Stimmberechtigten auf fünf Prozent vorgesehen, allerdings verknüpft mit einem erforderlichen Zustimmungs-Quorum von mindestens 25 Prozent aller Wahlberechtigten; ein Anteil, der bereits bei vielen Bürgermeisterwahlen nicht erreicht wird.

Alle Vorhaben müssen im Landtag jeweils einzeln als Gesetz beschlossen werden, um danach zur Volksabstimmung gestellt zu werden. Vorgesehen ist das gemeinsam mit der Landtagswahl im Herbst dieses Jahres.

Die im Landtag vertretenen Parteien können darüber hinaus weitere Verfassungsänderungen bzw. Ergänzungen beantragen, was SPD, Linke und FDP auch tun werden. Sie können jedoch kaum mit der Zustimmung von CDU und Grünen, und deshalb mit keiner Zustimmungsmehrheit, rechnen.



Foto: Norbert Birkwald

Jürgen Gasper, Vorsitzender der SPD-Juristen Hessen-Süd, (links) und Gerhard Fisch, dessen Vater für die KPD Mitglied der Verfassungsberatenden Landesversammlung war, als Referenten im Erzählcafé der Frankfurter VVN-BdA.

In der Veranstaltung des Erzählcafés der Frankfurter VVN-BdA, die sich im Dezember mit dem Thema Verfassungsreform befasste, gebrauchte der Vorsitzende der hessischen SPD-Juristen, Jürgen Gasper, das Bild von dem kreisenden Berg, der ein Mäuslein gebar.

Für alle, die sich für die Verteidigung der Verfassung eingesetzt haben, ist das durchaus ein Erfolg. An die substantiellen Bestandteile der Hessischen Verfassung wollte man offenbar dann doch nicht mehr herangehen, zumal neben der Linkspartei vor allem SPD und Gewerkschaften, aber auch Sozialverbände und andere Teile der Zivilgesellschaft Protest und Widerstand signalisiert hatten.

Darüber hinaus waren CDU und andere vermutlich auch kaum daran interessiert, dass es über die kapitalismuskritischen und antifaschistischen Teile der Verfassung zu einer größeren öffentlichen Diskussion kommt. Dabei wäre dann möglicherweise auch thematisiert worden, dass die CDU selbst, ebenso wie SPD und KPD, seinerzeit die Texte für die Verfassung erarbeitet haben. Darauf wies Gerhard Fisch bei der Erzählcafé-Veranstaltung der VVN-BdA mit interessanten Details hin. Er merkte ebenso an, dass es in den Jahren 1947 und 1948 versäumt wurde, diese Bestandteile der Hessischen Verfassung zu realisieren.

Es waren und sind Texte, die entstanden sind aus den Erfahrungen mit der zwölfjährigen Nazi-Herrschaft. Viele Grundsätze der Hessischen Verfassung warten nach wie vor auf ihre Realisierung. Es sind und bleiben Verfassungsaufträge. Es ist gut, dass sie nicht abgeschafft werden.

P.C. Walther

Jahresversammlung VVN Frankfurt

Am Sonntag, dem 21. Januar, findet im Saal der Arbeiterwohlfahrt, Eckenheimer Landstr. 93, die Jahreshauptversammlung für Mitglieder der Kreisvereinigung Frankfurt/Main statt. Sascha Schmidt vom DGB Wiesbaden referiert zum Thema »Ist die AfD eine faschistische Partei?« Auf der Tagesordnung steht auch die Neuwahl des SprecherInnenrats.

Edith Erbrich in Langen

Mit Edith Erbrich, die als Siebenjährige Häftling im KZ Theresienstadt war, wird die VVN-BdA Kreis Offenbach im Schüler- und Familienzentrum Langen einen Erzählnachmittag mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen zum Thema Ausgrenzung veranstalten. Termin wird noch bekanntgegeben.

Redaktion: P. C. Walther, Landesverband der VVN-BdA Hessen, Eckenheimer Landstraße 93, 60318 Frankfurt am Main, Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt, BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02

Kämpferischer Protest in Wolfsburg

Abschiebestopp fortsetzen!

Auch aus der Region Wolfsburg sollen Menschen, die wegen Verfolgung, aus Angst und Verzweiflung eine riskante Flucht gewagt haben, nach Afghanistan abgeschoben werden.

Dagegen protestierte Ende November die VVN-BdA Wolfsburg gemeinsam mit der Sozialistischen Jugend Die Falken, der Flüchtlingshilfe, dem DGB und der Partei Die Linke.

Gut 150 Demonstrierende, unter ihnen viele Menschen aus Afghanistan, forderten mit kämpferischen Parolen und phantasievollen Bannern die neue Landesregierung von SPD und CDU auf, den bislang praktizierten Abschiebestopp nach dem Beispiel Bremens fortzusetzen.



Bitte lasst uns zur Ruhe kommen. Foto: M. Hartung

In ihrer Rede auf der Abschlusskundgebung kritisierte die Vorsitzende der VVN-BdA Wolfsburg, Mechthild Hartung, auch scharf die finanziellen Forderungen der niedersächsischen Jobcenter gegen Menschen, die auf dem Höhepunkt der Fluchtbewegung im Jahr 2015 durch Bürgschaften Flüchtlingsfamilien die Zusammenführung ermöglicht hatten, ohne den schutzsuchenden Menschen die lebensgefährliche Flucht über die »Balkanroute« oder das Mittelmeer zuzumuten: Die Jobcenter fordern von Wolfsburgerinnen und Wolfsburgern horrende Bürgschaftsleistungen bis zu mehreren zehntausend Euro. Mechthild Hartung verlangte, dass die niedersächsischen Kommunen und die Landes- und Bundesregierung schnell Lösungen finden, um diejenigen, die geholfen haben, nicht in den finanziellen Ruin zu treiben. Weitere Infos unter wolfsburg.vvn-bda.de ***Alfred Hartung***

Eine Deutschlandpremiere in Lüneburg

»Condemned to Remember«

Am Sonntag, den 28. Januar, zeigen um 11.00 Uhr anlässlich des internationalen Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus die Geschichtswerkstatt Lüneburg, die VVN-BdA Lüneburg, das Kulturamt der Hansestadt Lüneburg und das Scala Programmkino in einer Deutschlandpremiere den Dokumentarfilm »Condemned to Remember« – die Fortsetzung des schon in den Vorjahren gezeigten Films »Close to Evil«.

Dazu sind der Protagonist Tomi Reichental (Überlebender des KZ Bergen-Belsen) und der Regisseur Gerry Gregg aus Irland eingeladen, die ihren Film persönlich vorstellen.

»Ich bin dazu verdammt, mich an den Terror der Vergangenheit zu erinnern und habe die Verpflichtung, mich der Rückkehr dieses Bösen, das Europa in eine Ödnis verwandelt hat, zu widersetzen.« Das sind die Worte des Iren Tomi Reichental, eines Überlebenden des Holocaust. Dieser Satz fällt auf der Hauptstraße von Merasice in der Slowakei, 70 Jahre, nachdem Tomi Reichental als zehnjähriger Junge um sein Leben fliehen musste. Merasice ist der Ort, der für Tomi Reichental früher Heimat bedeutet hat. Was hier während des Zweiten Weltkriegs geschah, verfolgt ihn sein Leben lang und motiviert ihn heute, für alle diejenigen zu sprechen, die unter Rassismus und Intoleranz leiden.

So, 28. Januar, 11 Uhr, Scala Programmkino, Apothekenstraße, Lüneburg
Weitere Veranstaltungen in Lüneburg zum Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus unter vvn-bda-lg.de/?Programm

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung, als JPG-Datei getrennt vom Text) für das MTB bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.
Redaktion: Michael Rose-Gille
Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der Postbank Hannover, IBAN DE17 2501 0030 0007 5103 07, BIC PBNKDEFF, sehr freuen.

VVN-BdA Wolfsburg feiert 70. Gründungstag

Einladung zur Festveranstaltung

Die VVN-BdA Wolfsburg erinnert am 29. Januar 2018 mit einer besonderen Veranstaltung an ihren 70. Gründungstag. Wir sind glücklicherweise im Besitz der ersten Mitgliederliste unserer Kreisorganisation, die damals den Bereich Gifhorn/Wolfsburg umfasste. Auf den Tag genau vor 70 Jahren wurde diese Liste datiert: 29. Januar 1948 (siehe Abb.).

Wir haben Peter Dürrbeck, Göttingen, und Peter Asmussen, Lüneburg, als Festredner eingeladen. Peter Dürrbeck hat die Entwicklung der VVN in Niedersachsen und auch in Wolfsburg von Anfang an begleitet. Peter Asmussen ist als Vorsitzender der VVN Lüneburg Herausgeber zweier Broschüren über das Landgericht Lüneburg, an dem mehrere ehemalige NS-Richter und -Staatsanwälte auch noch in den 1950er und 1960er Jahren tätig waren. Dort wurde beispielsweise unser Wolfsburger Kamerad Karl-Heinz Schlagintweit von dem ehemaligen Richter am Sondergericht Kattowitz Karl-Heinz Ottersbach und dem Kriegsgerichtsrat in Frankreich Konrad Lenski wegen Mitgliedschaft in der FdJ und der KPD angeklagt und mehrmalig zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Strafen musste er im Gefängnis Wolfenbüttel verbüßen, das im Faschismus eine berüchtigte Hinrichtungsstätte war. Auch Peter Dürrbeck war dort zur Zeit des Kalten Krieges inhaftiert.

Im Rahmen der Veranstaltung werden wir die Mitgliederliste der VVN Wolfsburg/Gifhorn vom 29. Januar 1948 präsentieren und in einer Ausstellung über die Aktivitäten der VVN Wolfsburg in den vergangenen 70 Jahren informieren. Außerdem haben wir junge Antifaschistinnen und Antifaschisten eingeladen, vom aktuellen Kampf gegen AfD und Neonazis in der Region zu berichten. Auch uns nahestehende Flüchtlinge sollen von ihren Schicksalen und von ihren aktuellen Schwierigkeiten mit Behörden und geplanten Abschiebungen berichten. Der örtliche DGB-Stadtverband, mit dem zusammen wir auch 2018 den Ostermarsch in Wolfsburg vorbereiten, ist zu einem Grußwort eingeladen.



Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen am Montag, den 29. Januar 2018, von 18.00 Uhr bis 21.00 Uhr im Centro Italiano, Am Hasselbach 1, 38440 Wolfsburg, statt. Gäste sind herzlich willkommen.

2. Dezember in Hannover

Breites Bündnis gegen Rassismus

Nach seinem Einzug in den Bundestag hatte das finstere Konglomerat, das sich »Alternative für Deutschland« nennt, zu seinem Bundesparteitag nach Hannover eingeladen. Es schien offensichtlich nicht vermeidbar, ihm dafür das monumentale »Congress Centrum (HCC)« zu überlassen. Dabei war von vornherein zu erwarten, dass der offen völkisch-rassistische Flügel sich weiter in den Vordergrund schieben und seine Macht befestigen würde.

Den humanistischen und demokratischen Kräften war klar, dass dagegen öffentlicher Widerstand organisiert werden musste. Im Kern bestand bereits das vom DGB organisierte Bündnis »Unser Hannover – bunt und solidarisch«. Um die »Interventionistische Linke« (IL) bildete sich das Bündnis »Unsere Alternative heißt Solidarität«. Dass beide zu gemeinsamen Aktionen fanden, war nicht selbstverständlich und erforderte von einigen Beteiligten einen Sprung über den eigenen Schatten. Wichtig war dabei, dass das Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« in beiden Strukturen verankert ist und auf das gemeinsame Ziel hin orientieren konnte.

v.l.n.r.: Ulrike Schmidt, Weyman Bennett, Cornelia Kerth

Blockadeaktionen

Hunderte von Aktivistinnen und Aktivisten waren schon ab 7.30 Uhr dem Aufruf von »Unsere Alternative ...« gefolgt und versuchten, mit flexiblen Aktionen die Zugänge zum HCC zu blockieren. Sie waren zumindest insoweit erfolgreich, dass der Parteitag erst mit anderhalb Stunden Verspätung anfangen konnte.

Trotz schikanöser Polizeimaßnahmen, von denen unten noch mehr zu berichten sein wird, versammelten sich um die Mittagszeit rund 9.500 Menschen auf dem großen Platz vor dem HCC. Dank der hervorragenden Arbeit unserer Bundesgeschäftsstelle war das Bild stark durch die Schilder und Materialien von »Aufstehen gegen Rassismus« geprägt. Man sah aber auch gewerkschaftliche Fahnen und Parolen und fantasievoll Selbstgemaltes.

Unter den zahlreichen Reden beeindruckte besonders die von Marianne Wilke, langjährige Landesvorsitzende und heutige Ehrenvorsitzende in Schleswig-Holstein, die vielen jüngeren Demonstrierenden. Sie berichtete, wie sie als »Halbjüdin« unter dem faschistischen Rassismus gelitten und dabei einen großen Teil ihrer Familie verloren hatte.

Oben: Abschlusskundgebung - Wir stehen auf gegen Rassismus!
Rechts: Auch Polizeireiter waren aufgeboten
Alle Fotos: rwk

Conni Kerth stellte in ihrem Beitrag die Gäste von »Stand up to Racism« aus London vor: Weyman Bennett und Ulrike Schmidt. Weyman Bennett schilderte dann die Verhältnisse in Großbritannien und den Stand ihrer Kampagne, Ulrike übersetzte.

Im Anschluss an die Kundgebung zog die Menge durch die Innenstadt zur Abschlusskundgebung, die »Unser Hannover – bunt und solidarisch« organisiert hatte. An der Spitze des Zuges fuhr ein Wagen der IG Metall. Für den nötigen Schwung sorgte unter anderem die beliebte Sambatruppe der GEW.

Belagerungszustand

Innenminister und Polizeipräsident hatten schon vorab eine Linie vorgegeben, die den Protest nach Möglichkeit behindern und die sich abzeichnenden Bündnisse spalten sollte: »Wir wollen Hamburger Zustände verhindern!« Dazu mobilisierte sie ein gewaltiges Aufgebot von schwer armierten Bereitschaftskräften auch aus anderen Bundesländern, besonders bereits einschlägig Erfahrene aus Hamburg. Die Zufahrt mit Bahnen und Bussen – auch zum benachbarten Zoo – wurde gesperrt. Selbst eine ursprünglich angekündigte direkte Buslinie vom Hauptbahnhof wurde untersagt!

Gewerkschafter protestieren vor dem HCC in Hannover

Entsprechend brutal war dann das Vorgehen am HCC selbst: Obgleich die Blockadeaktionen bei der Weitläufigkeit des Objekts oft nur symbolischen Charakter haben konnten, wurde gegen sie mit Knüppeleinsatz und Wasserwerfer vorgegangen – und das bei Temperaturen am Gefrierpunkt. Ein Aktivist, der sich an einer Eisenpyramide angekettet hatte, erlitt einen doppelten offenen Unterschenkelbruch, als man ihn losmachte, und musste notoperiert werden.

Der Demonstrationszug wurde schließlich mit einer Doppelreihe von Polizisten mit Helm und geschlossenem Visier eskortiert. Er wurde aufgehalten und kam verspätet zu Abschlusskundgebung.

Demonstrationszug durch Hannover

Diese Einsätze lösten nachträglich eine lehrreiche öffentliche Debatte aus. Dirk Schulze, Geschäftsführer der IG Metall Hannover, wandte sich in einem Offenen Brief an Innenminister und Polizeipräsident. Er nannte dieses Vorgehen unverhältnismäßig. Es »stellt für die IG Metall Hannover eine Einschränkung des Rechts auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit dar«, einen Versuch der Kriminalisierung und Einschüchterung! Er machte auf die Notwendigkeit aufmerksam, auch künftig gegen die AfD oder andere rechtsradikale Umtriebe zu demonstrieren und forderte die Aufarbeitung dieser Ereignisse. Besonders solidarisierte er sich mit dem Schwerverletzten, der selbst IGM-Mitglied ist.

Bei den angesprochenen Herrn stieß er allerdings auf kein Verständnis. Auch die Sprecher der Verbände, die als Interessenvertreter der Polizisten auftreten, wiesen seine Argumente zurück. Von dem Vertreter des Bundes deutscher Kriminalbeamter konnte man den schönen Satz lesen: »Wer den ›Schwarzen Block‹ in seinen Reihen duldet, kann sich über Doppelreihen behelmter Polizisten nicht beschweren!«

Reinhold Weismann-Kieser

»Die Differenzen werden vom Gegner selbst ausgelöscht«

Das Jahr der Jahrestage

Die folgenden Worte möchten wir der Präsentation unseres Jahresplanes für 2018 voranstellen, um zu zeigen, dass Erinnern nicht nur Zurückblicken bedeutet, sondern auch Mahnen. Gedenken ist wichtig, das Warnen vor Wiederholungen schwerer Fehler, auf die eine oder andere Art, noch mehr.

Kürzlich höhnte eine bürgerliche Zeitung, die SPD sei schlecht gelaunt, und nur dadurch in der Krise. Würde sie einfach fröhlich hinnehmen, dass auch am Ende der nächsten Groko wieder »die Großaktionärin von BMW weiterhin nur 25 Prozent Abgeltungssteuer zahlt, der Schichtarbeiter jedoch 37 Prozent Einkommenssteuer«, und dies werde so sein, dann wäre ihr geholfen. (SZ, 08.12.17) Das Zahlenspiel erinnert an die ausgebliebene Entschädigung der Sklaven des Quandt-Konzerns im Krieg, denn die BMW-Herrscherin hat ihr Vermögen aus dem Quandt-Erbe und dies wurde nie mit Forderungen zur Zwangsarbeit belastet. Der Kriegsgewinn war die Grundlage für die heutige Ungerechtigkeit, und damit haben sich Schichtarbeiter eben abzufinden?



Beratung im Landesausschuss über die Planung für 2018. Foto: Vogler

Die **Rallye »Verbrechen der Wirtschaft«** wurde vor zehn Jahren in NRW gestartet, und zwar mit Aktionen zum Jahrestag des Treffens Wirtschaft und Nazis am 4. Januar 1933. Daran wollen wir wieder erinnern. Die Kampagne hat schon manches bewirkt, aber manches noch nicht, z. B. die scharfe Anklage gegen die Quandt-Erben. Ihr Raubzug darf nicht vergessen werden. Auch nicht die Tatsache, dass kein Panzer und Kriegsschiff im Krieg ohne die Quandt-Produkte, z. B. die Batterien aus Hagen, hätte bewegt werden können. Und daher wird die Kampagne fortgesetzt. Ebenso wie die Stammtischkämpferausbildung im Rahmen des **»Aufstands gegen Rassismus«** und die Unterschriftensammlung **»Abrüstung statt Aufrüstung«**, der heutige Krefelder Appell.

Das Jahr 2018 birgt viele Jahrestage. Da sind 85 Jahre **Machtübertragung** am 30. Januar 1933 an die Nazis zu nennen, ohne die das Verbrechen an den Zwangsarbeitern, das Verbrechen an den Gewerkschaften (am 1. Mai 1933 setzten sich Nazis an die Spitze der Gewerkschaftsbewegung, die dann am 2. Mai zerschlagen wurde), das Verbrechen des Krieges und der Vernichtung, des Holocaust nicht denkbar war. Auch nicht das Verbrechen des **9./10. November 1938**, die Reichspogromnacht, die zur Vernichtung der europäischen Juden durch die Nazis führte. 15 Jahre vor 1933, also nunmehr vor 100 Jahren am **7. November 1918**, erfolgte die Machtübertragung der Monarchie an die Republik. Die Novemberrevolution brachte den ersehnten Frieden, brachte demokratischere Rechte, Frauenwahlrecht und Achtstundentag. Letzterer wird gerade jetzt – pünktlich zum Jubiläum – in Frage gestellt, denn die Wirtschaftsweisen, die immer für die Unternehmer ihre Weisheiten ausstreuen, predigen die Abschaffung des Achtstundentages! So feiert das Kapital den Jahrestag, die Demokraten haben jedoch anderes zu tun: Die Unvollkommenheiten der 1918 entstandenen Weimarer Republik ins Blick zu rücken, damit Lehren daraus gezogen werden können.

Und so mahnen uns die Erkenntnisse des SPD-Parteivorstandes nach dem furchtbaren Jahr 1933, das Scheitern im Jahr 1918/19 nie zu vergessen, mit dem alles begann: »Die Sozialdemokratie als einzig intakt gebliebene organisierte Macht übernahm (1918) ohne Widerstand die Staatsführung, die sie sich von vornherein mit den bürgerlichen Parteien, mit der alten Bürokratie, ja mit dem reorganisierten militärischen Apparat teilte. Dass sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler, den die während des Krieges desorientierte Arbeiterbewegung beging.« Und dass sie zuließ, die Macht der Konzerne gigantisch anwachsen zu lassen, das gehört dazu. Das Zitat stammt aus dem »Prager Manifest« der SPD. Es sollte wieder in Erinnerung gebracht werden.

Und es seien auch diese Worte aus dem Prager Manifest des SPD-Parteivorstandes von 1934 wiederholt: »Sofortige entschädigungslose Enteignung der Schwerindustrie. […] Vergesellschaftung und Übernahme der Großbanken durch die vom Reich bestimmten Leitungen. Erst nach der Sicherung der revolutionären Macht und nach restloser Zerstörung der kapitalistisch-feudalen und politischen Machtpositionen der Gegenrevolution beginnt der Aufbau des freien Staatswesens […] Die Differenzen in der Arbeiterbewegung werden vom Gegner selbst ausgelöscht. Die Gründe der Spaltung werden nichtig. […] Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist, ob Anhänger der zahlreichen Splittergruppen, der Feind der Diktatur wird im Kampf durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär. Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt.«

Leider war nach 1945 nicht mehr sehr viel von solchen Erkenntnissen zu spüren. Am 20. Januar 1948 verbot die britische Militärregierung für das Land Nordrhein-Westfalen die Durchführung eines **Volkskongresses** für Einheit und gerechten Frieden. Sie verbot ebenfalls die Verwirklichung des Beschlusses des Landtags von NRW mit den Stimmen von SPD und KPD vom 6. August 1948 zur **Verstaatlichung des Kohlebergbaus**. Vorher gab es die **Zonenkonferenz der VVN** der britischen Zone in Hamburg. Die SPD hatte die Mitgliedschaft der SPD-Genossen in der VVN untersagt. Der Kalte Krieg kündigte sich an. Doch es startete auch die überparteiliche Friedensbewegung, und die VVN war mittendrin. Im Mai 1948 wird sie Mitglied in der Internationalen Föderation der ehemaligen politischen Gefangenen. Und die Grundlage der Arbeit, auch der Antifaschisten, die nicht der VVN angehörten, blieb der Schwur von Buchenwald.

Viele Vorhaben 2018

Weiterhin betreibt die VVN-BdA die Förderung der Hilfe für politisch, rassisch oder religiös **Verfolgte und für Flüchtlinge**. Sie tritt ein für Völkerverständigung.

Und wie geht es weiter mit den Quandt-Erben? Bisher gab es kaum Aufmerksamkeit zu Quandt in unserer **VVN-Kampagne gegen die »Verbrechen der Wirtschaft«**. Hier müsste in Hagen gehandelt werden. Und in Essen erinnern wir an die Firma Hoch/Tief, sie war verantwortlich für die Baumaßnahmen der Versetalsperre unter massiven Einsatz von Zwangsarbeitern.

Der Opfer der **Kriegsendphasenverbrechen** wird auch im Frühjahr 2018 wieder in Dortmund in der Bittermark (30. März) und bei Solingen in der Wenzelnbergschlucht (29. April) gedacht.

In diesem Jahr soll am 3. März erstmals auch an das noch kaum beachtete Kriegsendphasenverbrechen erinnert werden, bei dem über 500 Zwangsarbeiter von Köln auf den **Todesmarsch** getrieben und ermordet wurden. Die VVN-Aktivisten aus Gummersbach, Lüdenscheid und Köln haben als Route vorgeschlagen: Start zu Fuß und mit Bussen in Köln, weiter über Lindlar zur Klamer Brücke/Versetalsperre, dem Tatort von Hoch/Tief und der

Redaktion: Ulrich Sander, Landesbüro der VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Telefon: 0202 / 45 06 29, E-mail: nrw@vvn-bda.de; www.nrw.vvn-bda.de.
Unser Spendenkonto: Postbank Essen, IBAN: DE 03 3601 0043 0028 2124 35

Gestapo. Schließlich geht es weiter nach Wuppertal. Dort soll der Rest-Todesmarsch geendet haben.

Am 14. April 2018 soll es einen **Aufmarsch von Faschisten** »Europa erwache« in Dortmund geben. Wir sind gewappnet. Und rufen zum Widerstand gemeinsam mit vielen Bündnispartnern. Ganzjähriger Widerstand auch **gegen die rassistische und völkische AfD.** Am 26. Mai findet das Konzert der VVN-BdA zum 25. Jahrestag des Solinger Brandanschlages statt.

»Abrüstung statt Aufrüstung«, das ist kurz und knapp der Hauptgedanke des **Ostermarsch-Aufrufs** an Rhein und Ruhr. Die VVN hat mit aufgerufen und übernimmt Verantwortung. (31. März bis 2. April)

Weiterhin bereiten wir den 3. Oktober mit vor, den »Tag der Einheit«, der leider ein Tag der Kriegsführung wurde. Erneut wird in Kalkar gegen das vereinte NATO-Luftfahrt-Kompetenz- und Kommandozentrum mit Optionen auf den Kampfdrohneneinsatz demonstriert. Motto: Der Krieg beginnt hier und hier muss er gestoppt werden.

Es folgen die Aktionen zum Jahrestag der **Reichspogromnacht** (9./10. November 1938), schon vorher: **Tag der Befreiung** (8. Mai 1945) und Tag der Befreiung des **KZ Auschwitz** durch die Rote Armee (27. Januar 1945).

Die Verteidigung des **Schwurs von Buchenwald** wird 2018 eine große Rolle spielen. Anlass, den Schwur verstärkt öffentlich zu betonen, ist seine Verunglimpfung in Dossiers und Berichten des Verfassungsschutzes, wo er als kommunistische Hervorbringung zur Begründung der weiteren Beobachtung der VVN durch dieses Amt dient. Auch in NRW. Der Schwur ist die Kernaussage für das Selbstverständnis der VVN-BdA. Statt den Schwur zu verunglimpfen (siehe dazu Seite 3 dieser Ausgabe) wollen wir uns bemühen, den Schwur als Vermächtnis auch für die Heutigen zu betrachten. Es wird vorgeschlagen, den Schwur zum Dokumentenerbe der UNESCO zu erklären. Einbezogen werden die Außenlager-Gedenkstätten von Buchenwald in NRW. Und am 14. April geht es wieder mit Bussen zur Gedenkveranstaltung anlässlich des 73. **Jahrestages der Selbstbefreiung der Buchenwalder.**

Ein Höhepunkt unserer Arbeit wird die Präsentation der **FIR-Ausstellung über den antifaschistischen Widerstand** in Europa sei. Die Stadt Dortmund hat ab 16. Juni das Keuning-Haus dafür bereitgestellt.

Neues tut sich in Duisburg. **Die VVN-Ausstellung zum Widerstand in Duisburg** wird nach und nach digitalisiert. Erste Beispiele der neuen Gestaltung, mit der die VVN-BdA in Schulen und Vereinigungen gehen wird, wurden kürzlich dem Landesausschuss der VVN-BdA präsentiert. Glückwunsch den Ausstellungsmacherinnen!

Eine **antifaschistische Landeskonferenz von Initiativen und Organisationen** erscheint uns wichtig zu sein. Es gibt viel zu beraten, nach alle dem, was passiert ist. Vorgeschlagen wurde, die Konferenz im Rahmen der FIR-Ausstellung in Dortmund am 16. Juni durchzuführen.

Die Gruppe **»Kinder des Widerstandes«** startet am 14. Januar ins neue Jahr, indem sie teilnimmt am Treffen des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte für die Nachkommen von NS-Verfolgten im Raum NRW. Geplant sind weitere Publikationen und regelmäßige Treffen. »Wer, wenn nicht wir, können noch authentisch über Widerstandskämpfer berichten? Es ist notwendiger denn je«, schreibt die Gruppe.

Dazu passt, dass die VVN-BdA in Aachen ein **Seminar zu Thema »Lebensborn«** veranstaltet, und zwar am 4. März. Die Lebensbornkinder wurden von der SS als arische Züchtungen angesehen.

Landessprecher/-in Silvia Rölle, Falk Mikosch, Jochen Vogler

Erklärung: Wir bekräftigen den Schwur von Buchenwald

(...) Der »Verfassungsschutzverbund« des Bundes und der Länder hat sich einfallen lassen, den Schwur von Buchenwald zusammen mit der Organisation, die sich diesem legendären Dokument verpflichtet weiß – wie die VVN-BdA –, auf die Liste der verfassungsfeindlichen Organisationen zu setzen.

Seinen Gründern getreu, hat sich der Inlandsgeheimdienst »Verfassungsschutz« daran gemacht, den antifaschistischen Widerstand weiterhin zu verfolgen.

Als Begründung wird der Schwur von Buchenwald herangezogen. Der in fünf Sprachen vorgetragene oben zitierte Schwur lautet weiter:

»Uns beseelte die Idee: Unsere Sache ist gerecht – Der Sieg muss unser sein!

Wir führten in vielen Sprachen den gleichen, harten, erbarmungslosen, opferreichen Kampf, und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Noch wehen Hitlerfahnen! Noch leben die Mörder unserer Kameraden! Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum! Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens:

Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.

Zum Zeichen Eurer Bereitschaft für diesen Kampf erhebt die Hand zum Schwur und sprecht mir nach:

W I R S C H W Ö R E N !«

Nun werden Fälle bekannt, da das Verbreiten dieses Schwurs, des gesamten Vermächtnisses besonders des Arbeiterwiderstandes als verfassungsfeindlich dargestellt wird. Wer einen Zusammenhang herstellt zwischen Kapitalismus und Faschismus kann Objekt der Beobachtung des Geheimdienstes werden – mit den Konsequenzen, im Berufsleben diskriminiert zu werden, im Privatleben verunglimpft und als Mitglied von Organisationen benachteiligt zu werden. Keine richterliche Überprüfung dieses



Transparent mit dem Schwur während der jährlichen Karfreitagskundgebung für die Gestapo-Opfer in der Dortmunder Bittermark. Das Transparent malte Ula Richter. **Foto: Alex Völkel**

Vorgehens gegen unbescholtene Bürgerinnen und Bürger ist möglich.

Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die für die Verfassungsschutzämter Zuständigen auf: Nehmen Sie den Angriff auf das konstituierende Dokument der Freiheit und Demokratie, den Schwur von Buchenwald, zurück!

Hören Sie auf, diejenigen zu bespitzeln und zu verfolgen, die – wie Silvia Gingold und viele andere ehemals vom Berufsverbot betroffenen Bürgerinnen und Bürgern – dieses Dokument verteidigen und seine Verwirklichung zu ihrer ureigenen Sache machen.

Wir ersuchen darum, den Schwur von Buchenwald zum Weltdokumentenerbe der UNESCO zu machen.

Beschlossen vom Landesausschuss der VVN-BdA NRW.

Vollständiger Wortlaut der Erklärung und weitere Informationen zu Planungen in 2018 siehe www.nrw.vvn-bda.de

Landesarbeitsgemeinschaft »Erinnerung an den NS in Sachsen« wird vorbereitet

Für eine demokratische Erinnerungsarbeit

Im November fand die 5. Erinnerungspolitische Fachtagung der Evangelischen Hochschule Dresden in Kooperation mit der Jüdischen Gemeinde zu Dresden und dem VVN-BdA Sachsen e.V. statt.

Es hat inzwischen Tradition: Seit 2014 finden an der Evangelischen Hochschule Dresden (ehs), die in den Bereichen Soziale Arbeit, Frühkindliche Bildung und Pflegewissenschaft ausbildet und forscht, erinnerungspolitische Fachtage statt. »Erinnern wozu?« lautete die provokante Frage der ersten Veranstaltung und 2015 hieß das Thema »Mai 1945 – Perspektiven der Befreiung«. Bei Vorbereitung und Durchführung hat sich die enge Zusammenarbeit mit VVN-BdA Sachsen und der Jüdischen Gemeinde zu Dresden in den Jahren aufs Beste bewährt. Ebenfalls unterstützt wurde die diesjährige Herbst-Tagung von »Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.« Sachsen.

In der November-Tagung 2017 ging es unter dem Motto »Erinnern 2030« um die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in der Erinnerungsarbeit. Dass es damit um die Zukunft der Erinnerungsarbeit überhaupt ging, betonte Prof. Dr. Holger Brandes, Rektor der ehs, in seiner Begrüßung.

Vor über 60 Teilnehmenden, zumeist selbst in verschiedenen Vereinen und Projekten engagiert, skizzierte zunächst Prof. Dr. Dietfrid Krause-Villmar (Universität Kassel) die Entstehungsgeschichte der Gedenkstätte Breitenau aus einer Geschichtswerkstatt heraus. Dabei machte er deutlich, dass ohne das Engagement der Bürgerinnen und Bürger es vieler Orts zu keinen Erinnerungsorten und Gedenkstätten gekommen wäre.

Im anschließenden Vortrag von Dr. Matthias Heyl, Leiter der Internationalen Jugendbegegnungsstätte und der Pädagogischen Dienste in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, ging es um die Schwierigkeiten und Chancen der Kooperation von bürgerschaftlichem Engagement und etablierten Gedenkstätten. Dass dabei unterschiedliche Perspektiven und Erwartungen aufeinanderstoßen, wurde nachvollziehbar, wie auch die Einsicht, dass ohne Zusammenarbeit eine demokratische und dynamische Erinnerungsarbeit kaum vorstellbar ist.

In einer Podiumsdiskussion, an der sich Landtagsabgeordnete von Bündnis90/Grüne, CDU, Linke und SPD und Solvejg Höppner vom Kulturbüro Sachsen beteiligten, wurde in allen Beiträgen die Bedeutung und Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements hervorgehoben. Allerdings entwickelten nur Kerstin Köditz (Die Linke) und Dr. Claudia Maicher (Bündnis90/Grüne) konkrete Vorstellungen, wie eine Förderung aussehen könnte und machten deutlich, was dem bislang an Hindernissen im Weg steht. Tagung und Diskussion fand auch deshalb politische Aufmerksamkeit, weil nur wenige Tage zuvor eine Anhörung von Sachverständigen im Sächsischen Landtag stattgefunden hatte, die gezeigt hatte, dass die Geschäftsführung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten erhebliche Probleme hat – und gewiss nicht auf ein »Erinnern 2030« vorbereitet.

Nach dem öffentlichen Teil des Fachtages trafen sich am Abend noch ca. 20 Akteure aus Vereinen, Verbänden, Initiativen und Projekten politisch-historischer Bildung und erörterten Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit. Sie kamen überein, die Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft »Erinnerung an den NS in Sachsen« für 2018 vorzubereiten.

Die 6. Erinnerungspolitische Fachtagung der ehs in Kooperation mit Jüdischer Gemeinde und VVN-BdA Sachsen wird am 23. Mai 2018 wieder in den Räumen der Hochschule stattfinden.

Prof. Uwe Hirschfeld, ehs Dresden

V.i.S.d.P. Peter Giersich Redaktion: Landesverband Sachsen des VVN-BdA, Strehlener Straße 14, 01069 Dresden, Tel. 0351/ 4901903 E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de oder vvn-vogtland@t-online.de

Spenden: BIC: DRESDE FF 850; IBAN: DE90 8508 0000 0528 2111 02

Aufklärung über die rechte Szene und Kunstaktion »Die Ästhetik der Kröte«

Den rechten Ideologien die Stirn bieten!

Im November 2017 fand in Plauen eine gut besuchte Veranstaltungsreihe zur Aufklärung über die rechte Szene statt, ausgehend von unserem unmittelbaren Umfeld bis zu deren europaweiter Vernetzung. Das Ziel, dem rechten Spektrum entgegenzustehen und die aktuelle Entwicklung verändern zu wollen, motivierte zusätzlich. Zum Abschluss gab es eine Kunstaktion vor dem Büro der Partei »III. Weg«.

Es herrschte eine fast ausgelassene Stimmung. Vor etwa 30 Teilnehmenden wurden im Ortsteil Haselbrunn eine braune Gummikröte und ein Logo des »III. Weges« präsentiert. Lokale Bürgerinitiativen hatten sich geeinigt, als Symbol ihres Protestes an eine Collage von John Heartfield anzuknüpfen. Er hatte 1936 im Prager Exil die Absurdität des Rassenwahns mit einer Tiermetapher und dem Titel »Stimme aus dem Sumpf« deutlich gemacht. Siegesgewiss macht sich auf seinem Bild eine Kröte vor einem Hakenkreuz breit.

In Zusammenarbeit mit Bernd Langer von der Berliner Initiative »Kunst und Kampf« entstand eine Kampagne, die in Plauen gestartet wurde. Der Text des Originals wurde leicht abgewandelt. Die »Kunst-und-Kampf«-Plakatversion greift die historische Vorlage auf, ergänzt um die Logos diverser Akteure der heutigen extremen Rechten, die der Kröte zu Füßen liegen: Die Rechte, Pegida, AfD, III. Weg. Organisationen, geeint im völkischen Rassismus.


Foto: VVN-BdA Plauen

Vor dem Büro der Neonazi-Partei »III. Weg« in Plauen wurde eine moderne Version von Heartfields Collage »Die Stimme aus dem Sumpf« mit der Kröte als Tiermetapher plakatiert.

Es gehe darum zu verhindern, dass rechte Strukturen sich ausbreiten, erklärte ein Redner. So wird die aufgeblasene Plastikkröte zwischen zwei Holzbrettern eingeklemmt. Sie wehrt sich und gibt schließlich nach. Die Luft ist raus. Auch bei den Plauener Neonazis? Seit fast einem Jahr ist ihr Büro in einem leer stehenden Altbau. Die Neonazis versuchen, in dem als problematisch geltenden Bezirk Fuß zu fassen. Anwohnende meiden das Haus. Es gilt als Ausgangspunkt rechter Aktivitäten in der Region mit rechten »Liederabenden«, Vorträgen und Kampfsportkursen. Überregionale Neonazikader wie Tony Gentsch, Rico Döhler oder René Großkopf würden hier die Aktivitäten verbotener neofaschistischer Gruppen wie »Fränkische Aktionsfront« oder »Freies Netz Süd« fortführen, sagte der Journalist Robert Andreasch auf einer Protestveranstaltung. Nur, dass die Akteure ins Vogtland gezogen sind und sich unter dem Schutz des Parteienprivilegs versammeln.

Die Veranstalter der »Krötenperformance« wollen mit ihrer Aktion auf Tour zu gehen. Dafür werden weitere Orte gesucht.

Doritta Korte, Steffen Unglaub, VVN-BdA Vogtland

Schettler ist weg!

Politischer Druck hat zu ersten Konsequenzen geführt: Der Stadtrat von Falkenstein hat am 15. Dezember die Entfernung des Namens Gotthard Schettler von der Sporthalle des Ortes beschlossen. Erst im Mai war der Name anlässlich des 100. Geburtstages des Mediziners als des »berühmtesten Sohnes Falkensteins« verliehen worden, ungeachtet Schettlers Mitgliedschaft in der NSDAP und als Gaustudentenführer von Thüringen (»*antifa*« November/Dezember 2017, Beilage S. 16). Die Forderung, ihm die Ehrenbürgerschaft abzuerkennen, bleibt bestehen!